

Cöbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cöbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die lehrgewollte oder deren Raum 35 Pg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pg., auswärtige Anzeigen 45 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Montag, den 3. Dezember 1917.

24. Jahrq.

Die Vergesammelungen beginnen.

Neuter meldet aus Petersburg von gestern: Endlich hat den alliierten Diplomaten mi geteilt, daß Deutschland sich bereit erklärt habe, auf allen Fronten Verhandlungen anzuknüpfen, um zu einem demokratischen Frieden zu gelangen. Er fragt, ob sie sich an den Unterhandlungen, die am heutigen Sonntag anfangen, beteiligen wollen.

In dieser Neuter-Meldung wird erneut bestätigt, daß die deutsche Regierung den Frieden will. Jetzt liegt es an den Regierungen der übrigen kriegsführenden Staaten außer Russland, ob sie ebenfalls dem furchtbaren Morden ein Ende machen wollen. Wird jetzt endlich die Vernunft siegen oder soll der Wahnsinn, der zur Selbstzerstörung Europas führt, noch weiter getrieben werden? Die Leidende Menschheit harrt erwartungsvoll der Antwort auf diese Frage.

Der Text des russischen Friedensvorschlags, den die österreichische Regierung veröffentlich hat, ist nicht vollständig. Es fehlt eine Reihe wichtiger Sätze, die wir nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur vom 29. November, wiedergegeben im Kopenhagener „Socialdemokraten“, nachtragen:

An die kriegsführenden Völker!

Als Antwort auf unseren Vorschlag, augenblicklich an allen Fronten Waffenstillstand zu schließen mit dem Ziel des sozialen Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentzündungen mit dem Recht für alle Nationen, frei über ihre Schicksale zu verfügen, schlägt der Oberstkommandierende Generalleutnant Krylenko vor, den Beginn der Verhandlungen zu verschieben auf den 19. November (alten Stils, 1. Dezember neuer Zeitrechnung), damit man aus den Regierungen der Alliierten vorschlagen kann, ihre Stellung zu den Friedensverhandlungen festzulegen. Die militärischen Operationen sind durch gegenseitige Vereinbarung eingestellt und es haben keinerlei Truppenverschiebungen in den letzten fünf Tagen stattfinden dürfen. Wir streben eine augenblickliche Antwort von den Arbeiterschichten in den alliierten Ländern: Wünschen Sie, daß am 1. Dezember Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen? Die Frage ist klar und deutlich gestellt.

Soldaten, Proletarier, Arbeiter und Bauern! Wollt Ihr zusammen mit uns entscheidende Schritte zum Völkerfrieden tun? Wir, der Rat der Volkskommunare, wenden uns an die Arbeiterschichten in Deutschland, Österreich, Tschechien und Galizien. Der Friede, den wir vorschlagen, muß auf lokalem Verständnis beruhen, der jedem Volk freie Entwicklung seines ökonomischen und kulturellen Lebens sichert. Ein solcher Friede kann nur geschlossen werden mit Hilfe eines direkten und mutigen Kampfes der revolutionären Massen, gegen die imperialistischen Pläne und Eroberungsbestrebungen.

Die regressive Revolutionsregierung setzt kein Gewicht darauf, von den professionellen Ausübern der kapitalistischen Diplomatie anerkannt zu werden.

Die Antwort auf diese Frage (ob die Diplomatie Ausdruck der Völkerwünshle ist. Red.) muß gegeben werden, aber keine Antwort in Worten, sondern eine Antwort, die ihren Ausdruck durch Taten gibt.

Das russische Heer und das russische Volk will und kann nicht länger warten. Am 1. Dezember beginnen wir Friedensverhandlungen. Wenn die Alliierten keine Bevollmächtigten senden, werden wir uns in Verhandlungen mit den Deutschen allein einlassen. Wir streben den allgemeinen Frieden; aber wenn die Bourgeoisie in den alliierten Ländern uns zwingen, einen Separatfrieden zu schließen, so wird die Verantwortung dafür auf sie fallen.

Soldaten, Arbeiter, Bauern in Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten, Belgien und Serbien! Am 1. Dezember findet die Eröffnung der Friedensverhandlungen statt. Wir erwarten Eure Bevollmächtigten. Handelt! Versiert nicht eine Stunde! Nieder mit dem Winterfeldzug! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die Mündigkeit der Völker!

Die neue Kreditbewilligung.

Vorlesung des Reichstags.

Die Reichstagssitzung am Sonnabend begann, damit, daß Prinz zu Schönach-Carolath eine Erklärung des Haupthaussusses verlas, der sich einmütig zu den Hertlingschen Worten über Deutschlands Bereitwilligkeit, in Friedensverhandlungen mit Russland einzutreten, bekannt hat. Darauf leitete Graf Röder die dritte Lesung des Kriegskredits von 15 Milliarden mit langeren finanziellen Betrachtungen ein, aus denen die Ankündigung eines großen Steuerprogramms für die Zeit

hervorzuheben ist, zu der sich die wirtschaftspolitischen Wirkungen des Krieges werden übersehen lassen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Ebert, daß sie dem Kriegskredit zustimme, da die Haltung der Regierung Englands und Frankreichs Deutschland immer noch zwingt, seine Verteidigung stark zu erhalten. Mit besonderer Betonung hob Ebert hervor, daß die Reichsleitung nach all ihren Erklärungen in den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Russland selbstverständlich an der Selbstbestimmung Polens, Litauens und Kurlands festhalten werde und müsse. Die Rede erschöpft sich aber nicht in der Begründung der Abstimmung und in der nochmaligen Begrüßung des russischen Schrittes, sondern sie rüttet der Regierung noch einmal die dringenden Notwendigkeiten vor Augen, die im Innern schlunzig zu erfüllen sind: schadloses Vorgehen gegen Schleichhandel und Lebensmittelwucher, ehestre und rückwirkende Erhöhung der Soldatenlöhne, die bereits zugesagt ist, Verbesserung der laren Beziehungen der Kriegs- und Arbeitsinvaliden und der Hinterbliebenen von Gefallenen. Die nächste Steuer, die vorgelagert werde, müsse eine weit schärfere, ja restlose Heranziehung der Kriegsgewinne bringen. Bei der Bezeichnung des Kriegsmaterials, so betonte Ebert unter lebhaftem Beifall, werden auf Kosten des Volkes märchenhafte Gewinne aufgehäuft, das muß ein Ende haben.

Die weitere Verhandlung über die Kriegskreditvorlage brachte ein Eintreten des Grafen Westarp für den wegen der Hasferneigkeitsprämie im Hauptauschuß schwer angegriffenen Staatssekretär v. Waldow, und sie ließ wiederum aus in unpassendem Gezähnt, das die Unabhängigen gegen die sozialdemokratische Fraktion zu erheben nicht unterlassen könnten. Der Kredit wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Nach Annahme einer Entschließung, wonach das Reich jährlich 30 Millionen Mark den Gemeinden zur Kohlebeschaffung für Kinderhemmte gewähren soll, vertrat sich der Reichstag, indem er den Präsidenten ermächtigte, jederzeit das Haus einzuberufen. Die Vertagung erfolgt nicht auf einen längeren Zeitraum. Der sozialdemokratische Antrag, in dieser ereignisschweren Situation den Reichstag versammelt zu lassen, den Scheidemann eindringlich begründet hatte, stand nicht die Mehrheit, und so blieb es bei dem Vorschlag des Präsidenten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag sich vor Weihnachten noch einmal versammelt.

Berlin, den 1. Dezember 1917.
128. Sitzung. Nachmittags 1½ Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Röder, v. Krause, Schäffer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff das Wort Abg. Prinz zu Schönach-Carolath (N.L.): Als Berichterstatter über den Etat des Auswärtigen Amtes habe ich vom Haupthausschluß den Auftrag erhalten, folgende Erklärung abzugeben: In den Verhandlungen des Haupthausschusses hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes weitere Mitteilungen über das russische Friedensangebot gemacht. Der Haupthausschuss hat sich einmütig zu den Erklärungen des Reichskanzlers vom 29. November über seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvorschlag bekannt.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der

Kreditvorlage,

die 15 Milliarden Mark fordert.

Staatssekretär des Reichskanzamts Graf von Röder: Die Kriegsteuer, die in erster Linie zur Heranziehung der Kriegsgewinne bestimmt ist, wird rund 5 Milliarden bringen. Der Wehrbeitrag, die jetzt verlangte Besitzsteuer und die Kriegsteuer mit zusammen über 6 Milliarden und den Erhöhungen der direkten Steuern in den Bundesstaaten und Kommunen, die auch etwa 2 Milliarden betragen, stellen die während des Krieges von uns erhobenen direkten Kriegsteuern dar, die zur Deckung der steigenden Zinsentnahmen dienen sollen, wozu sie auch vollkommen ausgereicht haben. Der englische Schatzminister vergleicht die deutschen Kriegsausgaben mit den englischen, zieht aber bei den letzteren alle von England an seine Bundesgenossen geleisteten Vorhüsse mit 26 Milliarden ab, eine Summe, die nach dem Urteil hervorragender englischer Volkswirtschaftler einfach in den Rauchfang zu schreiben ist. Er vergleicht also völlig inkommensurable Größen.

Der große Erfolg unserer Anleihen beweist, daß unsere Art der Kreditfinanzierung im Einvernehmen mit dem deutschen Volke erfolgt. Freilich stehen uns auf finanziellem Gebiet die größten Aufgaben noch bevor. Wir werden aber während des Krieges den durch drei Jahre verfolgten Weg weitergehen, d. h. nach Möglichkeit Konföderation der Kriegsosten durch langfristige regelmäßig wiederkehrende Anleihen, Aufbringung des Zinsendienstes durch Steuern. Die Durchführung eines großen Steuerprogramms aber erst am Schluss des Krieges, wenn wir in der Lage sind, alle wirtschaftlichen und politischen Folgen zu übersehen. Führend soll bei der Durchführung dieses Programms nicht der Gedanke an die Steuer sein, sondern der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt. Wenn wir schon im Frühjahr an das gesamte Steuerprogramm herantreten können, dann umso besser. (Lebh. Zust.) Den über alles Lob erhabenen Leistungen unserer Soldaten wird der beste Dank durch schnelle Aufseßierung ihrer harten Beute. Ebenso dringend müssen wir verlangen, daß den einstimmigen Besluß des Reichstages auf Erhöhung der Bezüge der verletzten Hinterbliebenen der Gefallenen baldigst Rechnung getragen wird. (Bravo.) Die grundlegende Zustimmung der Reichsregierung dazu steht vor. Die Durchführung kann aber bei der laren Dauer des Krieges nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Ramentlich verlangt die Lage der Witwen und Waisen gebieterisch schnelle Abhilfe. In diesem Zusammenhang muß ich auch auf die Notlage der Arbeiterschichten hinweisen. Die Reichsleitung hat auch hier gestern grundsätzlich eine Erhöhung der Bezüge und rasche Durchführung vorgeschlagen. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die armen Individuen der Arbeit noch im Laufe dieses Jahres diese dringliche Hilfe erhalten. (Bravo!)

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegsfreizeit habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen. Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedensfeindlichen Welt freudig begrüßt worden. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges, den ersten ernstlichen Schritt zum Weltfrieden. Ebenso freudig werden die schwer blutenden Völker die klare Antwort des Herrn Reichskanzlers und der Regierung von Österreich und Ungarn auf dieses Angebot aufgenommen haben. Der Herr Reichskanzler hat dem angebotenen Waffenstillstand zugestimmt und hat erklärt, er erkläre in den russischen

Friedensvorschlägen eine diskutable Grundlage für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Die Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Friedenslungebung des Reichstags vom Juli dieses Jahres verlangt einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung, einen Frieden ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen eines Volkes. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Antwort auf die Papstfrage, zu der die neue Reichsleitung sich bekannt hat. Mit besonderer Bedeutung hat der Herr Reichskanzler in seiner Erklärung vom Mittwoch vorgegeben, die Zukunft von Polen, Kurland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen werden. Diese Erklärung haben wir besonders begrüßt. In demselben Sinne hat sich gestern der Staatssekretär von Kühlmann im Haushaltsausschuss ausgesprochen. Er hat gesagt, für eine Neugestaltung der Dinge im Osten müsse dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung getragen werden. Diese Erklärungen der Reichsleitung begrüßen wir mit Erneuerung. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir deshalb auf das bestimmtste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen streng im Sinn und Geist dieser Erklärungen führt. Wir erkennen in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unsres Erachtens nicht gerüttelt werden darf. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die von Kühlmann ehrlich gebotene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliches Entgegenkommen finden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Reichsleitung darf und wird sich nach ihren Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauerndes, freund-nachbarliches Verhältnis zwischen Russland und Deutschland verbürgt. (Bravo.) Die russische Regierung will mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen. Vom gleichen Willen ist das deutsche Volk bestellt. Wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnsinnigen Völkermord völlig Einhalt zu gebieten, das deutsche Volk würde das aufrichtig begrüßen und dafür sein Bestes einzugeben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Zum Unglück der Völker ist jedoch nach den Erklärungen der Staatsmänner in England und Frankreich mit dieser Möglichkeit leider noch nicht zu rechnen. Lloyd George und Clemenceau wollen keine Verständigung, sie wollen den Krieg bis zum Ende. Sie haben das ernste Friedensbestreben des Kapitäns unbeachtet gelassen und das Friedensangebot der russischen Demokratie beiseite geworfen, sie haben erneut zur Fortsetzung der Mezelei aufgerufen. Über ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch erst kürzlich noch zynisch mit der Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft, gedroht. Dies Verhalten der Regierungen Englands und Frankreichs zwingt uns nach wie vor, zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu halten. Deshalb stimmen wir den geforderten Kriegskrediten zu. (Bravo!) — Zuruf b. d. Uriah. Soz.: Mit Wessarp! — Gelächter b. d. Soz.

Wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsleitung nachdrücklich verlangen, daß sie den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern schnellstmöglich gerecht wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unter allen Umständen muß dafür Sorge getragen werden, daß die vorhandenen Lebensmittelbestände rationell bewirtschaftet und in erster Linie der menschlichen Ernährung gefüllt werden, daß die vorhandenen Lebensmittelbestände rationell bewirtschaftet und in erster Linie der menschlichen Ernährung gefüllt werden. Die wütende Preispolitik muß endlich unterbunden und der gemeinschaftliche Schleichhandel raschlos unterbunden werden, wenn nicht die ganze Organisation der Volkernährung über den Haufen geworfen werden soll. Sehr richtig! b. d. Soz.) Das vermehrte System des Preisanstiezes scheint allerdings unter dem System Waldow keine neue Auflistung zu feiern. Dafür spricht die jetzige standhafte Erhöhung des Hasferneiges, gegen die wir auch von dieser Stelle lästigen Protest erheben müssen. (Bravo! links.) Die Ernährungspolitik des Herrn von Waldow wendet Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerstärksten Widerstand zu begegnen. Hier müssen alle Anstrengungen einleiten, um der Veröllung die für den Haushalt notwendige Kohle zu liefern. Zu den Schwierigkeiten der Ernährung darf unser Volk nicht noch den Unbillen der Kälte ausgesetzt sein. Das wäre eine zu schwere Belastungsprobe. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Erfreulicherweise hat die Reichsleitung auf einmütiges Verlangen des Reichstags sich gestern bereit erklärt, die Lohnung unserer Soldaten zu erhöhen. Die Lohnung der Mannschaften soll um ein Drittel, die der Unteroffiziere um ein Fünftel erhöht werden. Ich muß namens meiner Freunde, und wie ich glaube, mit Zustimmung des ganzen Reichstages, aufs dringendste ersuchen, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern rückwirkend ab 1. November in Kraft treten zu lassen. (Lebh. Zust.) Den über alles Lob erhabenen Leistungen unserer Soldaten wird der beste Dank durch schnelle Aufseßierung ihrer harten Beute. Ebenso dringend müssen wir verlangen, daß den einstimmigen Besluß des Reichstages auf Erhöhung der Bezüge der verletzten Hinterbliebenen der Gefallenen baldigst Rechnung getragen wird. (Bravo.) Die grundlegende Zustimmung der Reichsregierung dazu steht vor. Die Durchführung kann aber bei der laren Dauer des Krieges nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Ramentlich verlangt die Lage der Witwen und Waisen gebieterisch schnelle Abhilfe. In diesem Zusammenhang muß ich auch auf die Notlage der Arbeiterschichten hinweisen. Die Reichsleitung hat auch hier gestern grundsätzlich eine Erhöhung der Bezüge und rasche Durchführung vorgeschlagen. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die armen Individuen der Arbeit noch im Laufe dieses Jahres diese dringliche Hilfe erhalten. (Bravo!)

Einen großen Teil der zu diesen Maßnahmen erforderlichen Mittel kann die Reichsleitung leicht aufbringen, wenn sorgfältiger bei Beschaffung des Kriegsmaterials gewirtschaftet wird. Hier wird nicht aus dem Losen wirtschaftet, hier wird geradezu Verschwendungen getragen. (Bravo.) Die Abschlüsse der Handelsgesellschaften der Kriegsindustrie liefern die sinnreichsten Belege für diese Wirtschaft. Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Reichstümer aufgetanzt. Das Kriegsministerium muß entschieden gewissenhaftere Verwendung der Reichsmittel gefordert werden. Das Kriegsministerium

soll sich weniger um Zensur- und Versammlungsrecht kümmern und dafür mehr den Kriegsgewinnern und ihren Schiebern auf die Finger schauen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dem Herrn Reichs- schatzkämmerer müssen wir sagen: Seine nächste Steuer muss unseres Reiches eine härtere, möglichst restlose Erziehung der Kriegs- gewinne sein. Wenn die Masse unseres Volkes blutet und opfert, hat niemand das Recht, um den Krieg zu bereichern.

Vor allem aber hoffen wir, dass Selbstbestimmung und Ver- kunft den Krieg mit seinen grauenhaften Opfern, seinen sinnlosen Zerstörungen und abscheulichen Auswüchsen bald überwindet und allen Völkern den Frieden gibt. (Lebh. Beifall.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Meine Fraktion hat Votäte eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere verlangen, sowie Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Wiederzusammentreten des Reichstages, der die Rechte der Kriegsteilnehmer sowie der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer dort erhöht, das ihre Existenz damit gesichert ist. Die Löhne der Soldaten müssen den gegenwärtigen Geldverhältnissen angepasst werden, und die Zielaudien des Krieges müssen dabei berücksichtigt werden, bettelten gehen zu müssen. Ich hoffe, dass der Herr Reichskanzler dieser Auflage sich ganz besonders widmen wird. Damit wird er sich den Dank der Kriegsteilnehmer nicht erwehren, als durch die Art wie für die Zeichnung von Kriegsanleihe im Falle der Propaganda sorgt wird. Es wird die Urlaubsvorverleihung in vielen Fällen abhängig gemacht von der Zeichnung von Kriegsanleihe. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Das ist unerhörter Missbrauch der Untergewalt. Der Reichstag muss gegen diesen Un- sag sein Veto einlegen.

Der Herr muss schleunig Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Reiches gewährt werden; die Arbeitsbeschaffungsbestimmungen für Arbeiter und Kinder müssen wieder hergestellt werden. Für Arbeiter und Kinder, die für das Heer arbeiten, müssen sie Einkommen und Lebensmittel sofort herabgesetzt werden. - Unserer freudigen Zustimmung zu den endlich angebundenen Friedensverhandlungen hat die ganze Kürze Ausdruck gegeben. Es ist caratteristisch, dass der Friede, nachdem alle Völker leidend, herbeigeführt wird durch die Sozialisten in Russland, die ungefähr die Anschauung vertreten wie wir in Deutschland. Von der Auskunft der Regierung über die Art, wie die Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen, sind wir nicht rechts bezeichnet. Freiheit hat gesagt, dass die Mitteilung über die bekannte Konkordanz bestehend Polen, Russland und Litauen den Deutschen weit vorangeht. Daraus sieht nicht eine ausgebrochene Ablösung dieser Bestrebungen. Der Westen ist sogar durchaus die Möglichkeit zu, dass Kurland und Litauen zu Nebenstaaten der preußischen Krone gemacht werden sollen. Das man völlig unschön klingt, das ist etwas über den Kopf der Kurländer und Litauer hinweg gesehnt. Wenn Herr von Kühnemann bisher den Säum der Minderheit in diesen Gebieten verlangt hat, so müssen wir fordern, dass nach dieser Ablösung auch bei uns gegenüber den Polen, Dänen und Südschleswig gehandelt wird. Wenn ein roter Turm von Honoratioren in Kurland und Litauen als Landtag zusammengetreten und hat für die Angliederung an Deutschland oder Preußen ausgesprochen, so treten diese Herren ebensoviel das kurfürstliche Volk, wie etwa der mecklenburgische Landtag das Volk von Mecklenburg vertritt. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Das litauische Volk selbst hat ihm gegen jede Unionierung und gegen jede Besiegung der Grenzen ohne Mitteilung des lettischen Volkes ausgerufen. Das ganze lettische Volk verlangt ein neutrales lettisch-litauisches neutrales Lettland und protestiert daher energetisch gegen die Verfestigung, Verschärfung oder Polonisierung der baltischen Länder. Auch das schwedische Volk muss nun das Recht einzuräumen, in freier Abstimmung darüber zu befinden, ob und wie es einen lettisch-litauischen Staat bilden, und zwar vollkommen unbeeinflusst von den deutschen und österreichisch-ungarischen Parteien. Europa geht schweren Zeiten nach dem Kriege entgegen und wird die Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika nicht ausstehen können, wenn es nicht perspektivisch die Militärdeutschen durch Einrichtung des Volksheeres auf ein Maximum heraufdrücken und sich zu einer wirtschaftlichen Einheit in den Vereinigten Staaten von Europa oder einem europäischen Staatenbund zusammenzufließen. Die Verbündung eines mitteleuropäischen Bundes freilich wäre ein Nachdruck, denn es würde nicht auf dem Wege des europäischen Staatenbundes liegen, wie ihn gleich nach Kriegsausbruch der russische Sozialdemokrat Trotzki prophezei hat. Der jetzt die auswärtigen Kapitalestaaten Russlands seien. Der Gedanke, dass die wirtschaftliche Einheit Europas nur in dem wirtschaftlichen Zusammenchluss der europäischen Staaten liegen kann, bringt eigentlich keinen Sinn und ist erwarten, dass die deutsche Regierung alles erwidert wird, was bei den nun bald beginnenden Friedensverhandlungen eine Bestreitung Russlands zu untersuchen. Auch die europäischen Völker müssen gemeinsame Kulturrarbeit zusammenführen. (Lebh. Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Graf Westarp (Konj.): Meine Freunde benötigen die Zustimmung des Herrn v. Waldbow anders, als Siebz und seine Freunde. Die Sozial- und Kriegsfraktion ist nicht eine Fortsetzung der Parteiarmee, sondern es bedarf auch dabei um eine militärische Auslegung. Auch ist bezüglich auf die Friedensverhandlungen muss ich die Zustimmung des Herrn Soz. der zentralen entgegenstellen, nicht internationale Grundlage und noch so gut gewisse Theorie, sondern eben die Sicherheit und Ruhm des deutschen Reichs müssen den Sozialisten und allen an den Friedensverhandlungen Beteiligten sein. (Lebh. Beifall vom Soz.)

General a. C. Langemare: Dem Abg. Ebert beweise ich, dass die Revolle zu dem Verlagerungsgebot im Einvernehmen mit dem Reichsmarineamt, dem Kolonialamt und den zivilen Kriegsministerien fortgeschritten ist. Angeschlossen möchten noch Verhandlungen mit den zuständigen Blockparteien. Bis zur Entscheidung werden wir wie bisher alles tun, was in unseren Kräften steht, um Häerten auszugleichen, insbesondere wollen wir das Gesetz der Kriegsministerien mildern und verhindern, dass es leichter gestellt werden soll, als es schwer ist. Kriegerfrauen haben

ein Recht einer Entfernung auszugeben, der die nachgeordneten Städte daran hindern. Soldaten müssen werden, sofern sie nicht widerstehen. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, die Verlagerungsregie zu erholen, dass die Kriegsministerien und Kriegsministerien sagen können: Unter Kriegerland, nur das zu gestatten, für das wir unter Krieger hingezogen haben, jetzt hier ans. (Sehr. Beifall.)

Abg. Seeadler (Soz.): Die Errichtung des Friedensplatzes, das das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die hinter den militärischen Fronten waren, geöffnet werden will, beginnt mit einiger Bedeutung. Dieser Grundriss muss aber für alle Menschen und alle Völker Geltung haben, wenn er zu einem bewussten Frieden für die Menschen führen soll. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wir haben gegen eine Politik voraus, die darauf hinausläuft, die notwendigen Lebensmittel des Volkes im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten noch mehr zu verzögern. Das Gesetz Ebert ist eine solche Politik, wenn es nicht weiter ist. Dagegen ist ein solches Gesetz nicht befriedigend. Es ist eine beständige Erinnerung für die kommenden Friedensverhandlungen verlassen. Speziell darf keine, die etwas mit dem Reichs- und Städteamt als Reichs- und Städteamt, kommen, dass die Kriegsministerien, die die Kriegsministerien vertragen, hier dargestellt sind. Es ist darum bedenkt, dass es nicht möglich ist, wenn der Kriegsministerien, das Kriegsministerien nicht für die Völker gesetzte, die Zukunft und die Völker Geltung haben, wenn es zu einem bewussten Frieden für die Menschen führen soll. (Beifall bei den Soz.)

der Mündigkeit die Zukunft und Sicherheit des Reiches aufs schwerste gefährden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sehen in diesem Ziel der Herstellung eines freundlich-politischen Verhältnisses mit Russland ein Ziel von ungeheurer weltpolitischer Bedeutung, dessen Errreichung für uns auch die denkbar größte militärische Sicherung bedeuten würde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Abg. Ledebour meinte, uns sei die Zustimmung zu den Kriegs- crediten diesmal schwer gefallen und nur erleichtert worden durch einige friedensförderliche Neuerungen von Politikern der Entente. Aber auf diese sollte man nichts geben, sie seien ein Beweis dafür, dass die Westmächte den Frieden nicht wollen. Aber an der Tatsache wird auch Kollege Ledebour nicht vorübergehen können, dass nämlich die Machthaber der Entente das russische Friedensangebot abgelehnt haben und die Fortsetzung des Krieges als ihr Programm der Welt verbinden. In dieser Tatsache liegt die sachliche Begründung unserer Haltung. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wenn Herr Ledebour meinte, es sei gewisslich das Verdienst seiner Freunde, dass die Vertreter der österreichischen Linien jetzt das Heil in Russland in der Hand haben und daraus folgerte, die Politik seiner Freunde bei Ablehnung der Kriegscredite sei die richtige gewesen, so will ich ihm darum erwidern: Das die Bolschewiki heute in Russland das Heil in der Hand haben, dass dort eine demokratische Regierung heute besteht, die ernstlich zum Frieden bereit ist, verdanken wir am allerwenigsten der Politik der Kurländer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hätten wir deren Politik nicht am 4. August befolgt, hätten wir damit die Zusage in unserer Völker getragen und den Widerstand unseres Volkes gegen eine Welt von Feinden auf diese Weise vernichtet, dann wären jetzt nicht in Petersburg die Bolschewiki am Regiment, sondern der französische Zar. (Lebh. Zustimmung.) Und die Bolschewiki wären in Serbien und in Gefangenissen. Die Rechtfertigung unserer Politik liegt einmal darin, dass auch heute noch nicht die Machthaber im Westen bereit sind, uns den Frieden zu geben, der durch das russische Friedensprogramm, umgrenzt ist und zum andern darin, dass der wirkliche Verlauf der Weltgeschichte unsere Politik gebilligt und zum Verdikt der Unabhängigen geführt hat. (Lebh. Beifall bei den Soz.) - Widerstand bei den Unabh. Soz.)

Der Herr muss schleunig Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Reiches gewährt werden; die Arbeitsbeschaffungsbestimmungen für Arbeiter und Kinder müssen wieder hergestellt werden. Für Arbeiter und Kinder, die für das Heer arbeiten, müssen sie Einkommen und Lebensmittel sofort herabgesetzt werden. - Unserer freudigen Zustimmung zu den endlich angebundenen Friedensverhandlungen hat die ganze Kürze Ausdruck gegeben. Es ist caratteristisch, dass der Friede, nachdem alle Völker leidend, herbeigeführt wird durch die Sozialisten in Russland, die ungefähr die Anschauung vertreten wie wir in Deutschland. Von der Auskunft der Regierung über die Art, wie die Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen, sind wir nicht rechts bezeichnet. Freiheit hat gesagt, dass die Mitteilung über die bekannte Konkordanz bestehend Polen, Russland und Litauen den Deutschen weit vorangeht. Daraus sieht nicht eine ausgebrochene Ablösung dieser Bestrebungen. Der Westen ist sogar durchaus die Möglichkeit zu, dass Kurland und Litauen zu Nebenstaaten der preußischen Krone gemacht werden sollen. Das man völlig unschön klingt, das ist etwas über den Kopf der Kurländer und Litauer hinweg gesehnt. Wenn Herr von Kühnemann bisher den Säum der Minderheit in diesen Gebieten verlangt hat, so müssen wir fordern, dass nach dieser Ablösung auch bei uns gegenüber den Polen, Dänen und Südschleswig gehandelt wird. Wenn ein roter Turm von Honoratioren in Kurland und Litauen als Landtag zusammengetreten und hat für die Angliederung an Deutschland oder Preußen ausgesprochen, so treten diese Herren ebensoviel das kurfürstliche Volk, wie etwa der mecklenburgische Landtag das Volk von Mecklenburg vertritt. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Das litauische Volk selbst hat ihm gegen jede Unionierung und gegen jede Besiegung der Grenzen ohne Mitteilung des lettischen Volkes ausgerufen. Das ganze lettische Volk verlangt ein neutrales lettisch-litauisches neutrales Lettland und protestiert daher energetisch gegen die Verfestigung, Verschärfung oder Polonisierung der baltischen Länder. Auch das schwedische Volk muss nun das Recht einzuräumen, in freier Abstimmung darüber zu befinden, ob und wie es einen lettisch-litauischen Staat bilden, und zwar vollkommen unbeeinflusst von den deutschen und österreichisch-ungarischen Parteien. Europa geht schweren Zeiten nach dem Kriege entgegen und wird die Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika nicht ausstehen können, wenn es nicht perspektivisch die Militärdeutschen durch Einrichtung des Volksheeres auf ein Maximum heraufdrücken und sich zu einer wirtschaftlichen Einheit in den Vereinigten Staaten von Europa oder einem europäischen Staatenbund zusammenzufließen. Die Verbündung eines mitteleuropäischen Bundes freilich wäre ein Nachdruck, denn es würde nicht auf dem Wege des europäischen Staatenbundes liegen, wie ihn gleich nach Kriegsausbruch der russische Sozialdemokrat Trotzki prophezei hat. Der jetzt die auswärtigen Kapitalestaaten Russlands seien. Der Gedanke, dass die wirtschaftliche Einheit Europas nur in dem wirtschaftlichen Zusammenchluss der europäischen Staaten liegen kann, bringt eigentlich keinen Sinn und ist erwarten, dass die deutsche Regierung alles erwidert wird, was bei den nun bald beginnenden Friedensverhandlungen eine Bestreitung Russlands zu untersuchen. Auch die europäischen Völker müssen gemeinsame Kulturrarbeit zusammenführen. (Lebh. Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Das Vorgehen gegen Herrn v. Waldbow ist mein zu beweisen, dass die Sozialdemokraten bereits wieder eine Kreditprobe bestanden. (Lachen bei den Soz.) Man beschreibt keine Politik lause darauf hinaus, die Lebensmittel noch mehr zu verfahren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei geht man von Haftprävention aus. Bisher ist der Hafer noch kein menschliches Nahrungsmittel. (Heiterkeit.) Und sonst hat Herr v. Waldbow seine Freiheit erhöht.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Der Abg. David hat sich auf Trotski berufen. Trotski aber hat in einer Broschüre sich aufzugeben gegen die Politik der Freunde des Abg. David ausgeprochen. Seine Behauptungen, die Politik seiner Freunde hätte es überhaupt ermöglicht, dass in Russland jetzt die demokratische Republik herrsche, bedeutet eine vollkommene Unterwerfung der republikanisch-demokratischen Kräfte in Russland. Absolut falsch ist diese Behauptung, das wenn die Sozialdemokratie die Kredite nicht bewilligt hätte, der Zar in Land gekommen wäre. Eine Billigung der Kredite bedeutet die Vertrauensfrage für die Regierung. (Lebh. Widerstand bei den Soz.) Wer zur Regierung eine Kredite hat, darf ihr keinen Heller bewilligen.

Abg. David (Soz.): Ich habe mich nicht auf Trotski berufen, aber das braucht der Abg. Ledebour, um das Risiko zu verleben. Die Sämtliche Trotski kommt aus dem Jahre 1914, also aus einer Zeit, wo auch der weiteste Teil der jüngsten Unabhängigen für die Sozialdemokratie gehalten hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Trotski verteidigt darin den Standpunkt, der Krieg müsse beendet werden durch eine internationale proletarische Revolution. Ich bin überzeugt, dass Trotski und seine Freunde durch den Kampf der Freiheit haben befehlen lassen, dass das eine falsche Richtung war.

Dann ich glaube, dass Trotski um im Gegenzug zu Ledebour durch menschliche Tadeln belebt wird. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die sozialistische bleibt, dass die russische Revolution nicht reformiert wäre, wenn die Entente gewonnen hätte. (Sehr gut! bei den Soz.) Die russische Revolution ist nur möglich geworden durch die Niederlage der Armeen des Zaren, die herbeigeführt zu haben unter Verdacht ist und nicht das der Unabhängigen Sozialisten. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Haas (Unabh. Soz.): Die Trotski und Lenin haben nach die folgt die Kredite und seiner Freunde bekämpft und uns sozialistische Ausmusterung zuteil werden lassen.

Dann läuft die Debatte.

Die Kredite werden gegen die Stimmen der Unabhängigen verwirkt.

Es ist die erste Beratung eines von allen Parteien einberufenen Antrags, den Reichsrat zu erläutern, den Gemeinden während des Krieges und des dem Friedensschluss folgenden Jahres fast 20 Millionen Mark zur Unterhaltung der minderwertigsten Bevölkerung zwecks Belohnung von Haushaltsobhören zu vertheilen.

Abg. Pleßling (Sp.) weist auf die Notwendigkeit hin, den Gemeinden in der durch den Antrag geforderten Weise zu helfen. Graf Roeder hält die Zustimmung der verbündeten Regierungen in Aussicht.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident Dr. Kaempff erläutert vor, was zu verkaufen und ihm zu veräußern. Termin und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu schließen: eine lange Verzögerung ist nicht beabsichtigt.

Abg. Scheidemann (Soz.) schlägt vor, die nächste Sitzung Dienstag abzuhalten. In der heiteren Situation, in der wir uns ergehen, der Regierung der Waffenstillstandserklärungen befreien, müsse der Reichstag jederzeit in der Lage sein, mitzuwirken.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) lässt sich von diesem Antrag an. Der Reichstag ist das leitende eigene Unternehmen Schlesien.

Der Abg. Tretemann (Mot.), Ritschel (Wollsp.), Schröder (Zent.), Graf Westarp (Konj.) bitten, es bei dem Beschluss des Präsidenten zu belassen; aus nach diesem Beschluss keine der Regierung, wenn nötig sofort telegraphisch berufen werden und beide Präsidial- bei den beobachtenden Waffenstillstandserklärungen nicht ausgeschlossen werden.

* Der Beschluss des Präsidenten wird angenommen.

Sitzung 41. Nov.

Die Kriegslage.

Der heutige Gegenstand bei Cambrai.

Am 30. November deutsche Gegenstöße den Engländern den größten Teil des teuer erkauften Höhenlandes wieder entrissen. Der sich zäh vertheidigende Feind vermögte der deutschen Infanterie, die mit ungemeinlicher Schwung die Feinde besetzten Höhen hinunterzurücken, nicht standzuhalten. Kräftig unterstützt durch die Artillerie gelang es in erbitterten Kämpfen südlich Moevres, die alte frühere Stellung wieder zu erobern und unsere Linie über die Chausses Arca-Cambrai vorzuziehen. Unter schweren blutigen Verlusten für die Engländer wurden sie auf Graincourt, Anneux und Gantigny zurückgeworfen. Der Gedenktag, der von Süden her gegen die feindliche Einbruchsstelle erfolgte, durchkreuzte die feindlichen Linien und führte zur Belebung der bisherigen Stellung liegenden Ortschaften Gonnelieu und Villers-Guislain. Von dort aus wurde bei Vendhuile unsere frühere Stellung wieder erreicht. Unter 4000 Gefangenen befinden sich 140 Offiziere. Unsere Flieger griffen während der heißen Schlacht wiederholt aus niedriger Höhe in den Endkampf ein. Gegen Abend versuchte der englischen Führer mit einem starken Angriff unter dem Einzak von Tantz und Kavallerie gegen Gonnelieu-Gelände zu gewinnen. In die dicht stehenden feindlichen Sturmtruppen schlug unser verherrliches Abwehrfeuer und ließ den feindlichen Angriff restlos scheitern. Nach den schweren Kämpfen blieb mehrere der Nacht an den Kampfschnitten das Artilleriefeuer lebhaft. Der 30. November ist eine neue Throntag für unsere Westkämpfer.

Auf der Großkampffront von Cambrai wurde auch am Sonnabend erbittert gekämpft. In wütenden Gegenangriffen versuchte der Engländer unter kräftigem Einzak aller Kampfmittel die Feinde der Franzosen zu verjagen. Hier trug er sogar Kavallerie gegen unsere Linien vor. Nach erbittertem Kampf brachen seine Angriffe überall blutig zusammen. Zahlreiche Tantz bestossen den Platz, wo seine Maschinengewehre verdeckt standen. Ein Haufen zerstossene Menschen und Pferde bedeckt das Feld, wo in großer Reihen gesunken die englischen Kämpfer lagen. Die Gefangenen- und Beutezahl erhöhte sich weiterhin.

Auf der Großkampffront von Cambrai wurde auch am Sonnabend erbittert gekämpft. In wütenden Gegenangriffen versuchte der Engländer unter kräftigem Einzak aller Kampfmittel die Feinde der Franzosen zu verjagen. Hier trug er sogar Kavallerie gegen unsere Linien vor. Nach erbittertem Kampf brachen seine Angriffe überall blutig zusammen. Zahlreiche Tantz bestossen den Platz, wo seine Maschinengewehre verdeckt standen. Ein Haufen zerstossene Menschen und Pferde bedeckt das Feld, wo in großer Reihen gesunken die englischen Kämpfer lagen. Die Gefangenen- und Beutezahl erhöhte sich weiterhin.

Die Heeresberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern steigerte sich das tagsüber mittags Feuer am Abend beiderseits von Passchendaele zu größerer Hestigkeit und blieb auch die Nacht hindurch fort.

Die Kampfe um Cambrai dauern an!

In dem Abschnitt von Inchy bis Bourlon entwickelte sich nach erfolgreicher eigenen Unternehmungen am Nachmittag lebhafte Artillerietätigkeit. Feindliche Infanterieangriffe wurden westlich von Moevres durch unser Feuer erstickt. Gestrich von Moevres brach sie vor unseren Linien zusammen. Das Dorf Moevres wurde vom Feinde gefeuert. Gefangene wurden dabei eingeholt.

Starker Gegenangriff richtete der Feind mit neu herangeführten Kräften gegen die ihm auf dem Wege der Schelde entgegenseitig bestreiteten Kräfte in. Bis zum Abend von Inchy bis Bourlon entstanden zahlreiche Verluste. Nach erbittertem Kampf brachte die Feinde die Feuerkraft wieder zurück.

Aus Inchy heraus anreisende französische Kavallerie wurde zusammengetrieben. Einzelne Gruppen bestossen den Platz, wo seine Maschinengewehre verdeckt standen. Ein Haufen zerstossene Menschen und Pferde bedeckt das Feld, wo in großer Reihen gesunken die englischen Kämpfer lagen. Die Gefangenen- und Beutezahl erhöhte sich weiterhin.

Der heutige Tag kostete die Engländer besonders schwere Verluste. Mehrere hundert Gefangene blieben in unserer Hand.

Auf dem Kampfgebiet wurden bisher 60 erbeutete englische Geschütze und mehr als hundert Maschinengewehre gehoben.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Nördlich von Picon brachten Sturmtruppen von erfolgreichem Unternehmen französische ein.

Eine französische Vorstoß westlich von Grimont scheiterte.

Auf dem östlichen Maas-Ufer lebte das Artilleriefeuer nur durchgehend auf.

Reuter meldet aus Petersburg: Petersburg ist in der verfassunggebenden Versammlung vertreten durch die Maximalisten Lenin, Trotsky, Kral Kolontai und durch die Kadetten Miliukow und Roditschew. Unter den gewählten Sozial-Revolutionären befindet sich Tschernow. Die maximalistischen Kommissare schlossen die Militärsakademien.

Den Ministern der vorläufigen Regierung ist nach einer Renter-Dekret aus Petersburg von der Regierung ersucht worden, bei den Wahlen ihre Stimmen abzugeben unter der Bedingung, daß sie unter militärischer Bewachung nach den Wahllokalen gebracht werden; sie haben dies aber ab.

Die Alliierten warnen Russland.

Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß die Chefs der verbündeten Botschaften mit Ausnahme der amerikanischen, dem russischen Ministerium des Neuherrn den folgenden Protest überreicht haben:

Die unterzeichneten Chefs der verbündeten Botschaften in Russland haben hiermit die Ehre, auf Grund bestimmter Weisungen zu erklären, daß sie auf das entschiedenste bei dem Oberbefehlshaber der Armee gegen den Bruch des Vertrages vom 28. August durch die russische Armee protestieren, in dem sich die Alliierten einschließlich Russlands feierlich verpflichtet haben, weder einzeln Frieden zu schließen, noch einzeln die Kriegshandlungen einzustellen. Die Unterzeichneten sehen es als ihre Schuldigkeit an, dem Generalsstab die Warnung zuteil werden zu lassen, daß der Vertragsbruch Russlands sehr ernste Folgen nach sich ziehen würde.

Die russische Regierung wird auf diese Warnung pfeifen!

Trotsky geht gegen die Engländer vor.

Trotsky hat verboten, den Briten die Erlaubnis zu geben, Russland zu verlassen, solange die Fälle von Sjissirin, Petrov und anderen Russen nicht geregt seien, die in England wegen ihrer politischen Überzeugung interniert sind.

Finnland.

Nach einem Telegramm der "Stockholms Tidningar" aus Haparanda segte der finnische Landtag am Montag nach zehnstündiger Debatte den von den Bürgerlichen vorgeschlagenen Senat mit Svinhusud als Vorsitzenden ein. Der Beschuß wurde mit 100 gegen 80 Stimmen angenommen, welch letztere für die sozialistische Regierung abgegeben wurden. Da sich die Sozialisten dem Landtagsbeschuß widersetzen wollen, fürchtet man, daß ein neuer Generalstreik bevorsteht.

Dem Senat wurde die gesamte Regierungsmacht übertragen, womit die vollständige Losreihung Finnlands von Russland tatsächlich vollzogen ist.

Das Nationalitätenprogramm des neuen Russlands.
Laut "Pravda" hat der russische Nationalitäten-Volkskommissar Stalin folgendes Programm veröffentlicht: 1. Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker in Russland. 2. Selbstbestimmungsrecht aller Völkerstaaten Russlands bis zur Proklamation ihrer Unabhängigkeit. 3. Abchaffung aller Vorrechte einzelner Nationalitäten und Konfessionen und 4. Freie Entwicklung auch der nationalen Minderheiten.

Der ehemalige Kommandant der Nordfront verhaftet.
Havas meldet aus Petersburg: Der ehemalige Kommandant der Hauptfront, General Tscheregow, wurde auf dem Wege nach Pskow mit seiner Familie verhaftet und nach der Peter-Paul-Festung überführt, weil er einen Befehl nicht ausgeführt hatte.

Flucht des Generals Duschonin.

General Duschonin und die militärischen Vertreter der Entente sind aus dem russischen Hauptquartier geflohen. Die Radiostation des russischen Großen Hauptquartiers ist in den Händen der Maximalisten.

Die russischen Botschafter in Italien weigern sich, Lenin anzuerkennen.

"Agenzia Stefani" meldet aus Rom: Die russische Botschaft beim Quirinal und die russische Botschaft beim Vatikan haben sich nach Kenntnisnahme des Handstreiches, der die Maximalisten zu Herren von Petersburg machte, geweigert, diese als Regierung anzuerkennen. — Darans wird sich letztere kaum etwas machen. Sie geht vielmehr zu Gegenaufstellungen über: Trotzky hat den russischen Gebieten in Kopenhagen vor die Alternative gestellt, sich entweder dem Arbeiters- und Soldatenrat unterzuordnen oder abzudanken. Ferner hat Trotzky den russischen Botschafter in Paris, Moklakoff, seines Amtes entthoben und erklärt, daß seine Teilnahme an der Konferenz der Alliierten ein Staatsverbrechen sein würde.

Unabhängigkeitserklärung Sibiriens.

Berichte aus London besagen, daß Sibirien sich unter Führung von Potanin unabhängig erklären wird. Die Minister sind bereits ernannt worden; sie halten täglich in Omsk im Palast des Gouverneurs Beratungen ab. Ueberraschend begegnet die neue Regierung großer Sympathie. Die sibirische Flagge weht bereits in vielen Orten.

360 000 Ukrainer haben die Front verlassen.

Aus Haparanda wird gemeldet: Der Befehl der Botschaften zur Einleitung des Waffenstillstandes habe zur Folge gehabt, daß 360 000 ukrainische Soldaten die Front verließen.

Amerika und Russland.

Ein Telegramm der "Associated Press" aus Washington meldet, daß die amerikanische Regierung gegenüber Russland eine tolerante Politik führen werde, um dadurch zu zeigen, daß man hoffe, eine gesunde Demokratie könne die Oberhand gewinnen.

Der „Lübecker Volksbote“

ist das
volkstümlichste Blatt Lübecks
und der Umgegend.

Er erläutert die Kriegsereignisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art! Er scheide alle Sensationsnachrichten aus und macht unverfälschte Nachrichten als solche kenntlich! Er läuft gegen den Wucher und die Preistreiberei unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel! Er stift für eine ausreichende und gerechte Kriegsfürsorge ein! Er berüttelt die Kriegerfamilien in allen Fragen der Unterbringung und Versorgung! Er wirkt gegen den Völkerhaß und bahnt einer friedlichen Verständigung den Weg! Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und täglich aufs neue von ihnen verkauft! Der „Lübecker Volksbote“ vertritt die Interessen der Werktüchtigen aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verschärfsten Gelehrten zulassen! Man überzeuge sich durch ständiges Lesen des „Lübecker Volksboten“!

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und wird ihn bald nicht mehr entbehren wollen.

Einzelnummer 10 Pf. Monatlich ins Haus 1.00 Mt.

England.

Lloyd Georges will über die Kriegsziele sprechen.

In parlamentarischen Kreisen ist, wie es heißt, die Auffassung verbreitet, daß die Geheimhaltung der Kriegsziele unermündlich sei, da dies eine Verlängerung des Kriegs verurteile. Lloyd George wird nach seiner Rückkehr aus Paris eine deutliche Erklärung abgeben, aber nicht der Richtlinie Landsmannes folgen.

Bonar Law gegen Lansdowne.

1500 Vertreter konservativer und unionistischer Vereinigungen aus allen Landesteilen versammelten sich, mißbilligten den Brief Lansdowne über die Friedensausstufen und erklärten ihr Festhalten an den Kriegszielen der Alliierten, wie sie durch den Premierminister, Bonar Law und Asquith festgelegt worden seien. Im Laufe seiner Rede fügte Bonar Law:

Nicht, daß wir den Frieden nicht wünschten. Es ist furchtbar, die Fortsetzung des Krieges vorzusehen. Aber warum traten wir in den Krieg ein? Wir begannen ihn, um Sicherheit für den Frieden in der Zukunft zu erlangen. Wie können wir jetzt das durch einen Frieden erreichen? Der Brief Lansdowne gründet sich auf die seltsame Annahme, daß, weil die Deutschen sagen, sie seien bereit, einen Bund der Nationen zu schließen und von Abstübung zu sprechen, deshalb der Friede möglich sei. Vor dem Kriege wagte unsere Regierung nicht, bei den Deutschen die Abstübung anzuregen. Sie war oft nahe daran, aber die Deutschen sagten dies fast als Kriegsfall an und vor dem Kriege waren Bücher, welche die Ausrüstung guthieben, in Deutschland verboten; ich glaube, sie sind noch bis zum heutigen Tag verboten. Dann jerner: Haben Sie jemals hierüber etwas in den ersten zwei Kriegsjahren gehört? Kein Wort darüber. Uns ist gelagt worden, daß in dem Empfinden der Deutschen ein große Wandlung eingetreten sei. Ich glaube, die Unzufriedenheit in Deutschland mit dem gegenwärtigen System ist zu einer beträchtlichen Höhe angewachsen. Aber was ist der Grund dieser Unzufriedenheit? Es ist das Gefühl, daß das militärische System nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt.

Wenn wir jetzt Frieden schließen; was würde das heißen? Es würde bedeuten, daß gerade die Männer, die nach meinem Urteil das größte jemals in der Geschichte begangene Verbrechen begangen hätten, die die Welt in all diese Qual und dies Elend gestützt haben, weiter in der Möglichkeit gelassen würden, mit demselben Werkzeug dasselbe von neuem zu tun, wann immer sich in Zukunft die Gelegenheit dazu ergäbe. Niemand wird behaupten, daß sie dadurch, daß sie einen Vertrag unterschrieben, gebunden seien werden. Und welche Macht gibt es, die sie binden könnte? Heute ist die ganze Welt gegen sie bewaffnet und zusammengeordnet davor, wie es schwerlich wieder der Fall sein wird, und wenn wir jetzt unsere Rechte nicht durchsetzen können, wie wollen wir später unter neuen Bedingungen gegen sie kämpfen? Wir müssen dem deutschen Volke auf die einzige Art, wie es zu dieser Einsicht gebracht werden kann, zeigen, daß der Krieg sich nicht bezahlt macht, und daß ihre Kriegsmaschine die Erfolge nicht erreichen kann, die sie möchten. Auch durch entschiedene Erfolge auf dem Schlachtfeld allein kann der Krieg nicht beendet werden. Lassen Sie die Deutschen nur erst einsehen, daß wir länger aushalten können als sie. Ein auf der Lansdowneschen Grundlage geschlossener Friede würde tatsächlich eine Niederlage für die Entente bedeuten. Wenn diese Friedensfeindschaftliche Bewegung durch Lord Lansdownes Brief angesetzelt werden und eine Wendung nehmen sollte, die es der Regierung unmöglich machen würde, sich auf die Genehmigung notwendiger Kriegsmaßregeln durch das Unterhaus zu verlassen, so würde der Regierung nur noch ein Weg offen stehen. Um diesen Frieden zu ge-

winnen, muß die Regierung die Sicherheit haben, daß sie das Volk hinter sich hat. Wenn wir die nicht haben, dann können wir keinen Erfolg haben.

Ob die englische Regierung unter den heutigen Verhältnissen wirklich noch das Volk hinter sich hat?

Der Seefried.

Neue U-Boote-Erfolge.

Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Balentin (Hans), hat neuerdings im östlichen Aermelkanal unter schwerster feindlicher Gegenwehrung 5 Dampfer mit rund 21 000 Brutto-Tonnen versenkt. Einer der Dampfer stieg unter einer gewaltigen Detonation in die Luft; er hatte offenbar Munition geladen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die Engländer die Neutralität aussägt.

Nach zuverlässigen Nachrichten wurde das holländische Motorschiff Blüdingen, das am 14. November die Besatzung des Nordhinder-Ferierdampfers abholte, auf der Rückfahrt von einem englischen Zerstörer beschossen. Die Granaten schlugen dicht vor und hinter dem Motorschiff ein, ohne es zu treffen. Über diesen Zwischenfall ist bisher in die holländischen Zeitungen nichts gedrungen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Weit über 3 Millionen Kriegsgefangene.

Die "Nordd. Allg. Zeit." schreibt:
Kürzlich wurde von deutscher amtlicher Seite bekanntgegeben, daß die Zahl der listemöglich in deutschen Lagern geführten Kriegsgefangenen die Ziffern von zwei Millionen überschritten habe. Die Schätzung unseres deutsch-österreichischen Bundesgenossen vom 1. November ergibt für die österreichisch-ungarische Monarchie eine Gesamtzahl von über einer Million Köpfen. Auch ohne Hinzurechnung der in den deutschen Ausstellungen nicht mitgezählten, in der Etappe befindlichen Kriegsgefangenen ergibt das allein für Deutschland und Österreich-Ungarn eine Zahl von weit über 3 Millionen Mann. Erinnert man sich bei dieser Gelegenheit, daß vor wenigen Tagen Lord Curzon im englischen Oberhause voller Stolz verkündete, die Engländer hätten auf allen Kriegsschauplätzen im ganzen bisher 151 000 Gefangene gemacht, so sieht auch der Blinde, wo in diesem Kriege die Sieger zu suchen und zu finden sind.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 3. Dezember.

Die Stunde der Mutter.

Seit drei Jahren werden Opfer über Opfer von ihnen verlangt. Wie viele Söhne und Gatten liegen auf den europäischen Schlachtfeldern, deren Heimkehr von den Frauen mit Zittern und Bangen immer noch ersehnt und gehofft wird.

Vielleicht leidet niemand mehr unter dieser Zeit als die Mütter. Daß sie nicht schon längst ihre Stimmen gegen den Wahnsinn des Krieges millionenfach erhoben, ist ein erschütterndes Zeichen der Zeit. Mutige Frauen gibt es in allen Ländern. Annette Kolb bei uns, Marcelle Chappay in Frankreich juchzen immer wieder mächtig die Gewissen aufzurütteln. Doch die Massen der Frauen und Mütter schweigen, duldet und — opfert weiter.

Da macht es außerordentlich starke Eindruck, den Brief einer Mutter an den Herrn von Tirpiz und seine Vaterlandspartei zu lesen. Die Frau hat Tirpiz in Dresden reden hören und wendet sich nun im "Berliner Tageblatt" gegen ihn und seine Kriegsverlängerungspartei. Wir bringen die wichtigsten Stellen des Briefes im Auszug:

„Exzellenz! Im Zirkus hörte ich Ihre Rede. Im Zirkus jah ich hunderte von Frauen Ihnen zuzubellen. Frauen, deren Brüder, Männer und Söhne ihr Leben hingaben, zu Krippen wurden oder noch täglich die Gefahren und Leiden dieses unerträglichen Krieges ertragen müssen. Exzellenz! Täuschen Sie sich nicht, es waren wenig Frauen — wenn sie auch den gewaltigen Zirkus bis auf den letzten Platz füllten hätten. Die Frauen der Welt wollen den Frieden — die Mütter wollen lebendige Söhne. Dieser Schrei wird die Frauen aller Völker vereinigen in dem mächtigen Gefühl — in der Mütterlichkeit. Er wird zum Schlachtruf gegen alle Kriegstreiber — er wird in jedem Lande millionenfach ertönen und alle Kanonen überschreien. Die Frauen sind zum selbständigen Denken erwacht; sie werden den Kampf aufnehmen, den Kampf gegen den Krieg. Hüten Sie sich, das vornehmste und natürlichste Gefühl der Frau irrezuletzen.“

„Nein, Exzellenz, ich werde nicht Mitglied Ihres Vereins. Ich will nicht junges, blühendes Leben hingeben, um Land zu gewinnen. Es ist genug Blut geflossen aus dieser tiefsten Weltwunde „Krieg“. Beides, edelstes, kräftigstes Blut, das ein Unrecht hatte, sein Leben der nutzbringenden Arbeit für die Menschheit zu weihen. Es ist genug. Lassen Sie uns Frauen nicht Wirtschaftspolitik treiben — oder vielmehr glauben Sie, daß unsere Wirtschaftspolitik sein wird, mit dem Leben der Männer hauszuhalten. Es ist genug.“

Herr Dr. Wildgrube verdammt gestern die englischen Flieger und Kanonen, die auch vor dem Grabe Christi nicht halten machen. Ja! Die Kanonen über dem heiligen Grabe und der Hoff und volkswirtschaftliche Verstand über dem mütterlichen Frauenherzen — das sind die schlimmsten Kriegsgreuel. Und wenn es wahr werden sollte — wie Sie es gestern sagten —, daß Sachsen und Deutschlands Söhne ausziehen müßten in die Welt, weil die Heimat keinen Boden und keine Nahrung für sie hat, daß sie überall, wohin sie kommen, Das wahre Deutschland, das nicht den Reim zu Hoff und Tod das wahre Deutschland im Herzen tragen und es verkünden, ausstrahlen, sondern mit starker Hand und starkem Herzen Frieden bietet und immer wieder Frieden, und nicht aufhört, wenn es auch tausend- und tausendmal nicht gehört und verstanden wird.“

Die Kommission für Jugendwanderung erarbeitet jetzt ihren Jahresbericht für 1916/17. Die Kommission, bestehend aus Vertretern des Lübecker Lehrer-Turnvereins, der Turnvereinigung Lübecker Lehrerinnen und der Vereinigung für Jugendfürsorge, war, wie bemerkt wird, auch im Kriegsjahr bestrebt durch Förderung des Wanderns eine gesunde und kräftige deutsche Jugend zu erziehen. Trotz mancher Schwierigkeiten wurden die Ferien wāndern der Schüler und Schillerinnen erfolgreich durchgeführt. Mehrfältige Wanderungen fanden in diesem Jahr nicht statt, auch die sonst so beliebten Ausflüge nach der See mussten wieder unterbleiben. Dafür wurde die Zahl der halbtägigen Wanderungen vermehrt. Die Beteiligung an den Wanderungen wurde beeinflusst durch die erschwerte Lebensmittelversorgung und den Mangel an geeignetem Fuhrzeug. Unfälle und Erkrankungen der Kinder kamen nicht vor. Zur Ausführung kamen 18 Wanderingen, 11 ganztägige und 7 halbtägige. Es beteiligten sich im ganzen 1850 Kinder gegen 1803 im Vorjahr, 116 Wandergruppen wurden gebildet, 64 Knaben- und 52 Mädchengruppen. In jeder Gruppe waren durchschnittlich 16 Kinder, 18 Knaben und 13–14 Mädchen. Die Führung lag in den Händen bisheriger Lehrer und Lehrerinnen. Die Ausflüge führten in die nähere Umgebung unserer Stadt, so dass die Kinder ihre engere Heimat kennen und lieben lernten.

Den größten Aufpruch fanden die Motorbootfahrten nach dem Riebeziger See. Für den ersten dieser Ausflüge war der Kartenverlauf so groß, dass eine gleichzeitige Beförderung aller Kinder unmöglich war. Die Kinder aus den Schulen der inneren Stadt und der Vorstädte St. Gertrud und St. Jürgen unternahmen deshalb die Fahrt an dem im Wanderungspläne festgelegten Tage, die Kinder aus den Schulen in St. Lorenz an einem andern. Diese Ausflüge gehören mit Recht zu den beliebtesten und können als Erfolg für die früheren Dampferfahrten nach Travemünde angesehen werden. Am geringsten war die Beteiligung an den halbtägigen Wanderungen. Gerade bei diesen hatte man mit einer größeren Teilnehmerzahl gerechnet, da sie doch keine besonderen Anforderungen an die Verpflegung der Kinder stellten.

Die von der Kommission eingerichtete Auskunftsstelle für Jugendwandernde, die den Lehrern und Lehrerinnen bei Durchführung von Schulausflügen mit Rat und Tat behilflich sein will, wurde wenig in Anspruch genommen, da größere Schulkinderwanderungen nicht in dem Maße stattfanden wie früher. Die Geschäftsstelle der Kommission für Jugendwandernde, Hürstraße 89, war im Berichtsjahr am 8. Tag geöffnet und wurde von 97 Personen besucht.

Die Kasse schloss in diesem Jahr nicht so günstig ab wie im Vorjahr. Die Einnahmen betrugen 1774,13 Mt., die Ausgaben 1768,79 Mt., so dass ein Überschuss von 5,34 Mt. bleibt. Dank der ständigen Unterstützung der Oberstabschärferei, die für die diesjährigen Ferienwanderungen 700 Mt. bewilligte, konnten von Jahr zu Jahr wachsende Erfolge erreicht werden. Mehr als 10 000 Kinder nahmen bis jetzt an den seit 1911 bestehenden Ferienwanderungen teil. Das ist eine Zahl, die jeden Freund der Jugend mit Genugtuung und Freude erfüllt, aber auch anzeigt, rüdig weiterzuwählen zum See der deutschen Jugend.

Die hiesigen Fabrikarbeiter haben an die Fabrikanten ihrer Branche die Forderung einer sechzigprozentigen Leutungszuflage unter Anrechnung der bisher gezahlten Leutungszuflagen, eingereicht.

Mehr Gemüse für die Zukunft in Aussicht. Man schreibt uns: Die Befreiung der Hansa-Meierei, die in ihr vereinigten Landwirte zum vermehrten Gemüsebau zu veranlassen, haben ein sehr befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Es sind bis jetzt ohne Kartoffeln, Spargel usw. für den Gemüsebau etwa 600 Morgen Fläche gezeichnet, deren Errichtung von der Hansa-Meierei, Abteilung Gemüsebau, in ihren Verkaufsstellen im nächsten Jahre verkaufen werden sollen. Nach Mitteilung der Hansa-Meierei rechnet diese sogar mit bedeutender Nachzeichnung, sodass anzunehmen ist, dass die gewollte Fläche von 1000 Morgen der Gemüseversorgung Lübecks erledigt wird. Außerdem wird, wie wir hören, auch der Kartoffelbau von vieler Landwirten mehr betrieben werden.

Das Holstentor in Lübeck in Gefahr? Häuser will man herumgruppieren und ein Dörfchen ist bereits geplant. Wie auch immer man die Lösung anstreben mag, sie muss, so schreibt W. Kutsch in der „Kunstchronik“, ein Kompromiss zum Schaden des Holstentors sein und dem Neubau Unfreiheit aufzutragen. Man wird versuchen, die sogenannte malerische Eingruppierung zur Anwendung zu bringen und wird den Charakter dieses einsamen Riesen durch kontrastierende Mittelkeiten, die sich ihm anpassen müssen, in unwürdige Gesellschaft bringen. Denn wer würde es mögen, das summe Gleitmasch die des ehemaligen Röhrhofs, der mit breiten Eisenringen umlegt nur mühsam seine trockige Kraft benötigt, einem modernen Volksgaus zuzuführen? Oder man wird vielleicht im Bewusstsein der Eigenart der modernen Baukunst sich ohne jede Anpassung freuen und wird die solche Eigenart und Freiheit des Tores von der Stadt, die ihm folgt, isolieren. Mit solchen Lösungen kann wohl moderne Städtebaufunktion es im Innern einer alten Stadt verschaffen, wo vorgefundene Raumkomplexe ein neues Mandat eingelegt werden soll. Nicht aber kann sie mit diesen Prinzipien einem alten Bauwerk gegenüber-

treten, das nur „Stütze“ war und „in sich geschlossenes Bild“ bleiben muss. Auch niedrige Gebäude, deren Masse man mit den einzigen Stämmen neben dem Tor rechtfertigen könnte, blieben östhetische Klügelei. Das Tor ist der erste begrüßende Händeindruck in allen deutschen Städten gewesen. Die freie und offene Hand, die das Holstentor dem Eintrenden entgegenstellt, darf das schönste und einladendste niederländische Stadtbild nicht zurückziehen und die Wirkung des Denkmals vernichten.

Bekanntlich gehen die Meinungen über die Ausgestaltung des Holstentorplatzes sehr weit auseinander. Noch jeder Mann hat seine Gegner gefunden. Der Urteil sind wir allerdings auch, dass eine gründliche sachverständige Prüfung erfolgen muss, bevor mit der Bebauung begonnen wird.

Wichtige Arbeiten für den Kleingartenbesitzer. Der Ausschuss für Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau, empfiehlt den Kleingartenbesitzern:

1. Das Land gehört, d. h. 30 Zentimeter tief umzugraben, ohne den frischen Dünger unterzubringen. Die Aufbringung des Düngers geschieht später und wird darüber noch eine Notiz in der Zeitung rechtzeitig erfolgen. Ein Einplanieren mit der Harke ist unbedingt zu verwerfen, vielmehr ist der Boden in rauher Scholle liegen zu lassen, damit eine Fortsetzung durch den Frost erfolgen kann.

2. Obststräucher, wie Johannisbeeren, Stachelbeeren, Himbeeren werden ausgeschnitten, d. h. das alte Holz wird gesichtet, so dass die jungen Triebe Lust bekommen.

3. Habichtsblätter werden umgegraben, dabei wird der Dünger sofort untergebracht, oder man gibt dem frisch gegrabenen Boden einen gehörigen Saugheng. Beim Umgraben ist eine Beschädigung der Wurzeln zu vermeiden.

Mündliche Auskunft erteilt jederzeit das Bureau der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau, Mühlendamm 7.

Hansatheater. Sonntag abend wurde das Volksstück „O schöne Zeit, o heilige Zeit“ von Dr. Bruno Deckert vor ausverkauftem Hause gegeben. Die Handlung bewegt sich in einfachen Grenzen. Die Tochter des Böttchermeisters Großkopf sieht heimlich den Lehrling ihres Vaters Fritz, der, nachdem er Gefalle wurde, vom Schaf auf seiner Wanderschaft durch Bosheit seines Freunden vor die Schranken des Gerichts gebracht wurde. Nachdem sein Unschuld den dunklen Schleier zerriß, wird er von seiner Jugend geliebten als Gatte und Inhaber des Geschäftes seines ehemaligen Meisters aufgenommen. Von den Darstellern verdient Harald Baumgarthen vom hiesigen Stadttheater als Lehrlinge zuerst genannt zu werden. Er hatte Humor und sorgte für die nötige Heiterkeit. Weiter seien die Damen Rosina (Lotte) und Kötter (Cousine Laura) für ihre guten Leistungen besonders lobend erwähnt. Das Publikum war von dem Geboten sehr befriedigt.

Gemüse- und Kartoffelland. Die Finanzbehörde beabsichtigt, weiteres Land für den Gemüse- und Kartoffelbau bereitzustellen. Nach der heutigen Bekanntmachung werden entsprechende Wünsche im Bureau der Finanzbehörde — Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 7 — entgegengenommen. Für diejenigen Personen, die sich bei der Finanzbehörde oder an einer anderen Stelle bereits gemeldet haben, ist eine weitere Anmeldung nicht erforderlich.

Kriegsfürchen. Im November wurden an 20 Tagen 92 566 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug für Mittagessen 1808, für Abendloft (25 Tage) 1583, zusammen 3341 Portionen.

Die Volksküche gab im Monat November 29 645 Portionen aus. Gelebt wurde an 30 Tagen; pro Tag 988 Portionen, ferner wurden 504 Tassen Kaffee & 10 Kfa. für 5679,45 Mt. Wundern und für 825,70 Mt. Portionen für Kinder verabfolgt.

Ob Versuchter Betrug. Festgestellt wurde ein in der Fischstraße wohnsitzender Aufwärter, der einen Gepäckhinterlegungsschein über ein bei der Lübecker Eisenbahngesellschaft abgegebene Fahrrad gefunden hatte und dieses abzuholen versuchte. Der Festgenommene wird sich wegen Betrugsversuches zu verantworten haben.

Ob. Verhaftet wurden vier Schiffsleute eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers wegen Entweichens aus dem Schiffsdiene.

Kiel. Erwerb einer Meierei durch die Stadt Kiel. Um jetzt bestehenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Milch durch Errichtung einer Milchverteilungsstelle einigermaßen zu beheben, beantragt der Magistrat im Einvernehmen mit der Lebensmittelkommission bei den Stadtcollegien den Anlauf der in der Verchenstraße belegenen Vorbediener Meierei. Die Notwendigkeit, eine städtische Milchverteilungsstelle zu schaffen, begründet der Magistrat mit den Kriegsverhältnissen. Für eine vermutlich nach Jahren zu bemessende Übergangszeit würden die Aufgaben der Stadt auf dem Gebiete der Milchversorgung kaum verschwinden und darüber hinaus behalte für die Friedenszeit der Erwerb einer Meierei Bedeutung für die Versorgung der städtischen Kranken- und Säuglingsanstalten mit Milch von einwandfreier Bequaßerheit.

Die Kasse der Oberschulbehörde ist vom Montag, dem 3. Dezember ds. Jrs. ab bis auf weiteres nur vormittags von 8½ bis 1 Uhr geöffnet. Während des Termins für die Schulgeldzahlung (13. Dezember 1917 bis 4. Januar 1918) wird die Kasse auch nachmittags von 3 bis 5 Uhr geöffnet sein.

Zudek. d. 1. Dez. 1917.

Die Oberschulbehörde.

Die Kassenstellen des Steueramts sind von Montag, den 3. Dezember d. J. ab bis auf weiteres nur vormittags von 8½ bis 1 Uhr geöffnet.

3567 Die Steuerbehörde.

Zu kaufen gebrückt ein quack Plüschesofa mit 4 Stühlen.

Anh. u. W. R. an die Grp. 18565

Verlorene Kassierbuch

mit Marken. Abzugeben 18572

Eichenlaubstr. 132/12.

18573

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Telefon 2350

Wendeburg. Mit Preisherabsetzung. Der Milchpreis wurde nach der „Kieler Zeitung“ für Vollmilch von 40 Pf. auf 36 Pf. und für Bläger- und Buttermilch von 20 Pf. auf 18 Pf. das Uter herabgesetzt. — Wie anders wirkt dies Zeiten auf mich ein! said Haust.

Sonderburg. Dreie Menschen ertrunken. Ein Schiffungslück, dem drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der Gegend von Naröfund zugestanden. Der hier beheimatete Schiffer Niels Nielsen, der mit seinem neu errichteten Schiff die erste Reise von Helsingborg nach Lübeck machte, ist wahrscheinlich in ein Minenfeld geraten, wobei seine an Bord befindliche Frau und ihr kleines Kind sowie der Steuermann den Tod fanden. Nielsen selbst soll gerettet und nach einem Hamburger Lazarett gebracht worden sein. Das Schiff und die Ladung sind verloren.

Theater und Musik.

Die körperliche Darstellung moderner Musikwerke hatte sich Lili Schwabe am Sonnabend abend in einer Veranstaltung im Marmorsaal des Stadttheaters zur Aufgabe gemacht. Der Tanz als Ausdrucksmittel ist nicht neu, und die Duncan, Sachetto sowie manche andere haben den Stimmungsaustausch Beethovenischer, Chopinischer und anderer Schöpfungen fleissinnig mit den Bewegungen der Beine und anderer Körperteile ausgeschöpft oder wenigstens verstärkt wollen. Nicht jeder hat daran seine Freude gehabt, denn Musik, die innerliche Wirkungen erzielen, die die Seele berühren soll, wird dadurch nicht gewinnen. Lili Schwabe hatte sich Kompositionen von Walter Niemann, Hans Hermanns und Eduard Schütt zu ihrer körperlichen Darstellung gewählt, sie zerstört und die einzelnen Teile nun für ihre Absicht verwendet. Frohes Schaffen, Blumen am Fenster, Großmutterchen, Herbstsonnenstein usw. sollte dargestellt werden. Wer eine lebhafte Phantasie besaß, mochte vielleicht finden, dass dies durch nicht sehr ausgeprägte Mimik und die graziosen, hüpfenden und huschenden Bewegungen, die gewiss entsprechende Gedanken als Unterlagen haben, in der Hauptsache gelungen sei. Allgemein konnte jedoch dieser Eindruck nicht erweckt werden. Wir vermögen übrigens auch keine unbedingte Notwendigkeit für eine körperliche Darstellung von Musikwerken, die dafür nicht besonders bestimmt sind, einzusehen. Lili Schwabe, die jugendlich und elastisch ist, und auch Geschmac bewies, sond für ihre Bemühungen freundlichen Beifall, an dem auch Lili Brätsch, die sich als begabte Klavierspielerin zeigte, ihren Anteil hatte.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 2. Dezember. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer. 11 Dampfer mit über 34 000 Brutto-Registertonnen. Die ehrzahl der Dampfer wurde im westlichen Mittelmeer aus nach Osten bestimmten stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, einige davon im Nachtangriff. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Trombridge“ (3712 To.), „Margan Ubben“ (4367 To.), „Amberton“ (4555 To.) und „Antaeus“ (2061 To.), die bewaffneten französischen Dampfer „Mossoul“ (3135 To.), „Marc Praissinet“ (3060 To.), die italienischen Dampfer „Senegal“ (848 To.), „Commendatore Carlo Bruno“ (813 To.). Die meisten Dampfer waren tief beladen. Große Werte sind mit ihnen untergegangen. II. a. wurden 5290 Tonnen Kohlen, nach Alexandria bestimmt, etwa 4000 Tonnen Zinn, Kupfer und Tabak für Frankreich und 1500 Tonnen Weizen für Italien versenkt. In den erzielten Erfolgen hat Kapitänleutnant Otto Schulte hervorragenden Anteil.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wien, 2. Dezember. Nach zuverlässigen Nachrichten veröffentlichten nun auch die Trudowiki und die Sozialrevolutionäre Aufrufe in ganz Russland, in denen sie für den losortigen Frieden eintreten.

Verantwortlich für die Rubrik „Das Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Wöhrel, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: L. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gültig in Lübeck.

Gelebte Nummer des „Bolzboten“

bitte wir nicht wegzwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (8865 Gr. Auswurf in Wand-, Tisch-, Week- und Taschenuhren. Hermann Voß, Lübeck.

Zeitung für Journalisten und politische Schlagmörzer verdeckt und anonymisiert von Adolf Braun. Preis 30 P. Ein Taschenbuch, das jedem Zeitungsschreiber sehr leicht in die Hände gelegt werden soll.

Zu beziehen durch: Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig

hält vorräufig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johanniskirche 46.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Mignon.

Mittwoch, den 5. Dez. 1917

Die Csardastürzi.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Gemüse- und Kartoffelland.

Es besteht die Absicht, in den einzelnen Vorstadtbezirken für den Gemüse- und Kartoffelbau mehrere Kleingärten zur Verfügung zu stellen. Pachtträger werden gebeten, ihre Wünsche im Bureau der unterzehrigen Behörde — Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 7 — bekanntzugeben. Für diejenigen Personen, die sich bei der Finanzbehörde oder an einer anderen Stelle bereits gemeldet haben, ist eine weitere Anmeldung nicht erforderlich. Diesen wird Spieldorf zugeschlagen, sobald die Vermählung des Pächters vorgenommen worden ist.

Lübeck, den 1. Dezember 1917.

3576

Die Finanzbehörde.

Viehzählung. Haushaltungen, die Vieh (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh oder Kaninchen) besitzen und bei denen bisher ein Zähler nicht erschienen ist, haben ihren Viehbestand sofort dem Statistischen Amt, Fleischhauerstr. 18, II, zu melden.

3571

Bekanntmachung.

Eine Bekanntmachung, betreffend mehrjährige Einziehung von Dringlichkeiten zur Zeit.

wird in den amtlichen Blättern veröffentlicht werden.

Altona, den 1. Dezember 1917.

3573

Stellv. Generalkommando IX. K. u. K.

Ortl. Zeitungsastrageria. sofort gefüllt Julius Heine, Königsstr. 18.

Bei d. 1. Dez. 1917. 3575

2. April. St. Peterstorstr. 25. 3576

1. April. St. Petri-Klosterstr. 25. 3577

Weiteres aus den Geheimdokumenten

Trotzdem steht die Veröffentlichung der Geheimdokumente zum nicht geringen Interesse der Entente fest. Aus den Dokumenten sind folgende von Interesse. Das eine handelt eine Information vom 21. Februar 1917 über die Teilung Kleinasiens:

In London und Petersburg haben die britische französische und russische Regierung ein Abkommen getroffen über die Einteilung ihrer künftigen Einflusszonen und territorialen Erwerbungen in der osmanischen Türkei sowie auch über Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates oder eine Konföderation arabischer Stämme innerhalb Arabiens. Das Abkommen geht in allgemeinen Zügen dahin: Russland erwirkt folgende Gebiete: Erzerum, Trabzon, Van und Bitlis sowie das Territorium Südarmenien in der Linie Muschaischer-Dishnomar-Anglia, persische Grenze. Großbritannien erwirbt den südlichen Teil von Mesopotamien mit Bagdad und bedingt sich aus in Syrien die Hafen Haifa und Akka. Nach Vereinbarungen zwischen den französischen und englischen Gebieten werde eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiger arabischer Staat gegründet werden, für welchen die Einflussphären gleichzeitig bestimmt werden. Alexandria wird als Freihafen erklärt. Zum Schutz der religiösen Interessen der verbündeten Mächte wird Palästina mit den heiligen Stätten vom türkischen Territorium abgetrennt und einem besonderen Regime unterteilt, nach Vereinbarung zwischen Russland, Frankreich, England. Angeknüpft der gemeinsamen Regelung verpflichten sich die Mächte zu gegenseitigem Abkommen der vor dem Kriege bereits geltend geweisenen Konzessionen und Vorteile in den von ihnen erworbenen Rayons. Sie kommen überein, den ihren Erwerbungen entsprechenden Teil der altorientalischen Staatschalen zu übernehmen.

Aus die Einführung Griechenlands in den Krieg besteht sich ein Angriff Südalaniens an Griechenland. Am 22. November 1914 haben die Gesandten Russlands, Englands und Frankreichs der griechischen Regierung in Athen erklärt, dass Griechenland den südlichen Teil Albaniens erhalten würde, mit Ausnahme Waltonas, im Falle eines sofortigen Aufstrebens zur Hilfe Serbiens. Für ein sofortiges Aufstrebens forderte Venizelos "die feste Garantie Rumänien" gegen einen Überschlag der Bulgaren auf Griechenland. Diese Garantie ist von Rumänien nicht gegeben werden, insgesamt hat Griechenland Serbien keine Hilfe geleistet und das Angebot verlor seine Kraft.

Am 11. Januar 1915 hat der englische Gesandte in Athen auf Weisung seiner Regierung Venizelos erklärt, dass wenn Griechenland im Moment eines neuen Angriffes Deutschlands auf Serbien später zu Hilfe komme, die Verbündeten Griechenland wichtige territoriale Erwerbungen an der Küste Kleinasiens zuzerkennen würden. Am 15. Januar 1915 haben die griechischen Gesandten in Petersburg, Paris und London die Antwort der griechischen Regierung auf den englischen Vorschlag überreicht, worin eine ganze Reihe von Bedingungen enthalten waren. Am 20. Januar hat Venizelos dem britischen Gesandten in einer Unterredung die griechischen Wünsche in Kleinasien mitgeteilt. Die begonnenen Unterhandlungen wurden ausgehalten durch die Unterhandlungen, betreffend des Eingreifens Bulgariens und wurden unterbrochen durch den Rücktritt von Venizelos am 21. Februar 1915. Am 9. März bestätigte der griechische Außenminister Zographos den Gesandten in Athen eine Note, worin das Kabinett den Wunsch ausdrückt, die durch den Abgang von Venizelos unterbrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Am 30. März haben in Beantwortung dessen die Gesandten der Verbündeten die Unterhandlungen, die die Bereitschaft der Regierungen Russlands, Englands und Frankreichs ausdrücken, Griechenland im Falle eines Aufstrebens gegen die Türkei das Vilajet Aidin zu garantieren, wieder aufgenommen mit dem mündlichen Hinzufügen, dass das Angebot nichtig sein würde, falls Griechenland nicht unverzüglich seine Einwilligung zum Ein-

greifen in den Krieg erklärt. In der Antwortnote hat das Kabinett Griechenland am 1. April seine Einwilligung zum Eingreifen in den Krieg erklärt, und zwar sofort, wenn die Verbündeten bereit sein würden, gemeinschaftlich mit den griechischen Truppen die militärischen Operationen gegen die Türkei zu beginnen. Das Eingreifen in den Krieg wurde abhängig gemacht von der formellen Garantie territorialer Integrität Griechenlands unter Einschluss des nördlichen Epirus und der Inseln während des ganzen Krieges und eine bestimmte Zeit nachher. Die Unterhandlungen wurden im Verlaufe eines Monats nicht erneuert, und am 1. Mai erklärte der Außenminister, dass, weil die Verbündeten offenbar die Integrität Griechenlands nicht zu garantieren wünschten, das Kabinett Griechenlands beschlossen habe, weiterhin Neutralität zu bewahren.

Die auswärtige Politik vor dem Haushaltungsausschuss.

Der Haushaltungsausschuss trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, um zunächst die Fragen der auswärtigen Politik zu erörtern.

Nach Staatssekretär Kühlmann, dessen Rede wir bereits am Sonnabend brachten, sprach

Abg. Dr. David (Soz.): Was heute über den Osten gesagt wurde, ist von großer Bedeutung. Man muss aber die Gewissheit haben, dass die Entscheidung lediglich in den Händen der zweiten Gewalt stehe. Die Definitionen der Neutralität des deutschen Volkes auf ein befriedigendes Ergebnis der Verhandlungen mit dem Osten dürfen nicht entfallen werden. Die Leitung muss allein in den Händen des Kanzlers liegen, nicht aber in der Hand des Ministers. Die Verhandlungen müssen getrennt sein vom Geiste der Verständigung mit dem Ziele eines dauernden Friedens. Das will auch die russische Demokratie. Ein Scheitern der Verhandlungen wäre ein Sieg der Entente und eine Niederwerfung der russischen Demokratie. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss gewahrt werden. Das kann aber nur gelingen, wenn die Vertretungen der Völker in Polen, Litauen und entscheidend mischprechen können. Eine Konferenz in Litauen hat zunächst einen Landesrat gewählt, der leider bisher noch nicht hat in Funktion treten können. Wir wünschen dringend, dass dieser Landesrat sofort seine Tätigkeit beginnen kann. Maßnahmen sind zwar gemacht worden, aber sie harren noch der Erfüllung. Das kann so nicht weitergehen. Diese Bevölkerung muss von Zukunft befreit werden, die sie nicht ertragen kann. Redner macht eingehende Mitteilungen über die Lage der litauischen Bevölkerung. Die Grenze, die die Lebensfähigkeit der Bevölkerung bestimmt, darf nicht übersteigen werden. Die Organisation der Bevölkerung durch die Mütter ist völlig verfehlt. Wenn man die vorliegende Arbeitende Bevölkerung zweckmäßig organisieren will, dann soll man damit deutsche Gewerkschafter betrauen. Das Pandemieproblem in Litauen muss rasch beendet werden; um besten ist das zu erreichen durch ökonomische Maßnahmen. Wir müssen so wirken, dass die Litauische Freunde in uns erfreuen können. Dazu tragen auch der Schutz litauischer Sprache und Kultur bei. Am besten erreicht man die Bevölkerung der Litauende, wenn die Bevölkerung der Litauen endlich lebensfähig gemacht wird. Die politische Frage muss so gelöst werden, dass die Polen damit zufrieden sind. Die Ausländer und die Polen haben sich manchmal gegen die Russifizierung gewehrt. Es sind dort die Grundlagen für ein lettisches Schulwesen geschaffen worden. Stattdessen dieses Schulwesens weiter auszudehnen, hat man verachtet, es zu germanisieren. Das konnte und durfte nicht die Aufgabe der militärischen Verwaltung sein. Die Reichsleitung hat sich zu einem ordernen System bekannt, dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Der Reichstag muss so darin unterstützen.

Oberst v. Wiesberg macht die Maßnahmen der militärischen Verwaltung mit Kriegswendigkeiten zu entkräften. Den belagerten Münzländern möge man entgegenwirken. Abg. Dr. David trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Oberst v. Wiesberg macht die Maßnahmen der militärischen Verwaltung mit Kriegswendigkeiten zu entkräften. Den belagerten Münzländern möge man entgegenwirken.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Stresemann beweist, dass ein Scheitern der Verhandlungen mit Russland, besonders die Hoffnungen des deutschen Volkes enttäuschen müsse, Deutschland kann nicht die besetzten Gebiete besser begleiten, als das deutsche Volk in diesem Kriege behandelt werden müsse. In den Kämpfen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten scheine mitunter eine gewisse Überbelastung zu liegen. Die militärische Verwaltung muss in den besetzten Gebieten entscheidend militärischen können, wie auch die Reichsregierung bei ihren Maßnahmen im engsten Kontakt mit den militärischen Streitkräften bleiben müsse. In Deutschland nimmt man den Fabrikanten die letzte Maschine weg und gibt sie dem Konkurrenten. Daraus liegt eine Härte, die notwendig ist, die aber nicht minder fühlbar ist, als die Maßnahmen in den besetzten Gebieten. Die Schule an alledem liegt in England; diese Überzeugung müsste man der Bevölkerung in den besetzten Gebieten beibringen.

Abg. Berlin (Dr. Gr.) weist darauf, sich zu lehren in ideale Ausschreibungen zu vertreten. Dass wir in ein enges wirtschaftliches Verhältnis zu Russland kommen müssen, sei auch die Ausschreibung seiner Fraktion. Die Verwaltung in Ober-Ost habe so gearbeitet, dass ihr, unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse, kein Vorwurf gemacht werden kann, wenn auch Missgriffe nicht in Abrede zu stellen sind.

Abg. Erzberger: Die Regierung hat die Pflicht, rasch zu einer Verständigung mit Russland zu kommen, zu einer raschen und ehrlichen Vereinigung. Deshalb hat es keinen Zweck, jetzt über Missgriffe der Verwaltung zu kreisen. Ein Gegenzug zwischen Reichsleitung und militärischen Dienstes besteht nicht. Aus der Art der Verwaltung in den besetzten östlichen Gebieten wird Russland erkennen, wieviel der neue Geist in Deutschland eingesogen ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss ohne Vorbehalt anerkannt werden, für Hintergedanken darf kein Raum sein. Niemand darf aufrütteln, dem Demokratie und Hindernisse müssen beigelegt werden, besonders aber der Vater dieser Hindernisse, Fürst Wirsburg. Ein weiteres Entgegnommen den Litauern gegenüber kann die Deutschland nur von Vorteil sein. Deshalb muss der Kaiser bald seine Tätigkeit aufnehmen können, dass das Volk ihm Willen und Mut geben kann. Verkündet worden ist wahrläufig genug. Von den Kriegsnotwendigkeiten kann man die Völker nicht befreien, wohl aber von den Hörern, die trotzwegs eine Konfrontation führen. Beispiele wurde viel, durchgesetzt aber ist nichts. Durch praktische Maßnahmen wird man am Ende der Verantwortung des russischen Volkes gewinnen.

Abg. Graf Weimar (Soz.) protestiert gegen den Abgeordneten Dr. David. Ein Rückschlag in der Stimmung in Deutschland müsse einsetzen, wenn unsere Grenzen im Osten nicht besser gesichert werden, als sie es vor dem Kriege waren. Dass die Reichsleitung die Verhandlungen führen müsse, bei zwecklos, aber das ist der Wunsch, denen wir unserer Siege verdanken, darf nicht unbeachtet bleiben.

Abg. Ledebour (Mnab. Soz.) hält einen Streit darüber, wenn ein Friede mit Russland größere Vorteile bringt, für völlig überflüssig. Die allgemeinen Interessen müssen weit höher stehen, als die nationalen Interessen, die von dieser oder jener Seite in den Vertrag zu schreiben verlangt werden. Die Kritik des Abg. David habe der Tatlagen durchaus entgegen. Redner beruft, dass ein Westenstaat mit Russland auch ökonomisch für Rumänien gelten müsse. Es muss alles aufgeboten werden, so rasch als möglich zu Verhandlungen zu kommen, die uns den Frieden bringen. Die deutsche Regierung möge nichts verschweigen, auch die Wünsche zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu veranlassen.

Abg. Gotha (Soz.) stellt fest, dass das Recht auf Selbstbestimmung der Völker nicht ein Recht auf Unterdrückung der nationalen Minderheiten in sich selbst enthalten dürfte. Redner kann in längeren Diskussionen, wie bestreift die Kritik des Abg. David war.

General v. Wissberg ruft noch einmal das Verhalten der militärischen Verwaltung in Ober-Ost zu rechtfertigen. Von den Artilleriebataillonen seien nur einige wenige beibehalten worden.

Abg. Dr. David empfiehlt, die Zwangs-Bataillone in Ober-Ost völlig zu befehligen. Die beste militärische Sicherung für den Osten ist der neue Geist, der in Deutschland tünlich Geltung haben soll.

Abg. v. Gotha bestreift die Ausführungen Davids mit dem Hinweis auf seine Tätigkeit in der Verwaltung von Kurland. Die Kritik über die Generalen in Litauen sind zum Teil allerdings berechtigt gewesen. Für die Verpflichtung des Volkes seien umfangreiche Maßnahmen erforderlich. Dass die lettische Sprache in den Schulen unterdrückt wurde, sei nicht richtig. Wie kann man für ein Selbstbestimmungsrecht, das den deutschen Interessen gerecht wird.

Abg. Dr. Ledebour fordert entschieden Auflösung der Zwangs-Bataillone. Man sollte sich auf die Anwendung freiwilliger Ar-

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüsing.

16. Fortsetzung.

Dazu kam, dass ihn in dieses Gefäß ein sehr appetitlicher Geruch von ihm rezendem Spez lockte. Claus bereitete sich sein Abendmahl, bestehend aus einem großen Pfannkuchen.

Franz schob sich einen Stuhl an den Kamin und betrachtete eine Weile Miss Fettjänslers Hantieren mit seinem Küchenapparat. Die Flamme auf dem Herd gab dazu die einzige Beleuchtung ab; sie erhellt mit ihrem ungestopften hin und her flackernden Schein die geschwärzten Wände des Raumes höchst unvollständig, und der Hausmeister bildete mit seinem grotesken Kopf und seinem hinkenden Gesicht in dieser Beleuchtung eine deute abenteuerliche Figur.

"Es wär' Zeit, dass Ihr einmal Eure Kammer etwas aufzuputzen sieht, Meister Claus," sagte Franz nach einer Weile. "Die Wände seien verdammt schwarz aus!"

"Nun, ich hoffe, Euer Herr wird's schon in Ordnung bringen — er kennt ja den Narren gefrechen zu haben an der Rheider Burg, und ich denke, wir werden Wunder erleben, was er daraus machen lassen wird. Das Bensberger Schloss wird nichts dagegen sein — wenn man ihn reden hört!"

"Verlaut Euch daran nicht zuviel," antwortete Franz, pfiffig lächelnd.

"Kostet viel Geld, das Bauen und Renovieren," bemerkte Claus mit einem spöttenden Blick in seines Gesellschafters Züge.

"Viel Geld, ja, und wir haben eben noch viele andere Männer, es los zu werden!"

"Nun, wenn es nur da ist!" warf Claus ein.

"Da ist es wohl, es bleibt aber nicht lange!"

"Also da ist es? Man holt's kaum meinen," warf Claus ein. "Die Rheider Burg liegt ihm doch am Herzen, just so, als ob's sein erstes und einziges Stück Grund und Boden wäre, was jemals sein gewesen!"

"Nun, das mag sich auch wohl so verhösten. Er hätte eigentlich Erbe sein sollen von dem Vater, welches seinem Onkel, dem Herzog von Anglure, gehört. Es liegt ein gut Stück Weges von hier, hab' ich mir sagen lassen, weiter ins Westfälische hinein.

Was nun aber dazwischen gekommen ist, daraus hab' ich nicht klug werden können; so viel ist gewiss, unser Herr ist mit dem Onkel-Herzog über den Fuß gespannt und mit der Erbschaft ist's nichts.

Außerdem da noch Güter im Lüttichischen oder der heutigen gelegen, die auch der Familie gehören, mit denen ist unser Graf abgekommen worden. Er hat aber bald so viel Schulden daraus gemacht, dass die Gläubiger sie ihm haben unter Sequestrer legen lassen, und damit ist's denn jetzt auch nichts mehr. Nun war der Graf rhe-

mals im Dienst bei den Schiffssoldaten oder in der Marine, wie man's nennt; wie er nun wieder so blau gewesen ist als wie zuvor, hat er verlangt, wieder in den Dienst einzutreten und bei dem Großadmiral darum petitioniert. Der Großadmiral aber hat gern befallen an ihm gefunden und ihn zu seinem Adjutanten gemacht und ist find' dir hierher gekommen und haben denn auch wieder slot zu leben."

Claus Fettjänsler schien diese Erzählung in einem feinen Gemütszustand zu überwinden, denn er antwortete lange nicht, bis er endlich sagte: "Es ist furchtbar, wie solche vornehme Herren es tun wieder auszudenken, bei man veracht, es zu germanisieren. Das könnte und durfte nicht die Aufgabe der militärischen Verwaltung sein. Die Reichsleitung hat sich zu einem ordernen System bekannt, dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Der Reichstag muss so darin unterstützen.

Oberst v. Wiesberg macht die Maßnahmen der militärischen Verwaltung mit Kriegswendigkeiten zu entkräften. Den belagerten Münzländern möge man entgegenwirken.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Oberst v. Wiesberg macht die Maßnahmen der militärischen Verwaltung mit Kriegswendigkeiten zu entkräften. Den belagerten Münzländern möge man entgegenwirken.

Abg. Dr. David trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

Abg. Dr. Kühlmann trifft den Darlegungen des Abg. Dr. David bei. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten muss natürlich zur Behebung der Kriegswendigkeiten mit beitragen, aber jede unnötige Härte muss vermieden werden, insbesondere dürfen die Bauernwirtschaften nicht zu sehr von Vieh entblößt werden. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten darf nicht das Gefühl bekommen, dass sie gerecht behandelt wurde. Redner wünscht Auskunft über die militärische Situation in Palästina.

bevölkerungskräfte beschränkten. Die Tatsache der hohen Sterblichkeit in Wilna sei auf alle Fälle bedenklich.

Abg. Siedl. (Pole): Durch die Schaffung des Regierungsrats in Polen ist eine gewisse Grundlage für die Weiterentwicklung gegeben. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker allein kann die Grundlage des Friedens sein. Redner trägt eine große Reihe Klagen vor über die Zurücksetzung der polnischen Bevölkerung in Ober-Ost und besonders in den besetzten Gebieten Litauens. Es wäre bedenklich, wenn die Regierung nach dem Grundsatz handeln wollte: Teile und herrsche!

Abg. Nebel (Slowak.): Der als Kreishauptmann in Libau wirkt, bestreitet, daß die Sterblichkeit in Wilna besonders groß sei. Ein Selbstbestimmungsrecht der Völker sei nur insoweit anuerkennen, als Deutschlands Ostgrenze dadurch gesichert wird. Die Angriffe auf den Fürsten Habsburg seien nicht berechtigt.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen stellt fest, daß in den Statistiken von Ober-Ost die Sterblichkeit nach Monaten angegeben ist, wodurch ein falsches Bild entsteht.

Abg. Dr. Dövid wendet sich gegen den Abg. Nebel. Trotz der von ihm angeführten sanitären Einrichtungen sei die Sterblichkeit gestiegen. Waren seine Zahlen zutreffend, dann müßten die Leute in Wilna durchschnittlich 125 Jahre alt werden. Die wirklichen Ziffern lassen erkennen, wie dringend nötig es ist, der Bevölkerung zu helfen.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärt, daß die Reichsleitung in engster Füllung mit der Obersten Heeresleitung steht. Jeder Versuch, hier Differenzen zu konstruieren, müßte unfruchtbare bleiben. Redner macht nun mehr vertrauliche Mitteilungen über die Lage in Palästina. Der Schuh der Kinderheiten bilden einen wichtigen Bestandteil des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Rumänien habe noch nicht um Waffenstillstand nachgefragt.

Abg. Dr. Cohn teilt einen Vorfall mit, der erkenntlich läßt, daß von militärischer Seite verlust wird, die Politik zu bestimmen. Ein General versuchte auf die Ablösung der Litauer einzuzwirken. — Staatssekretär v. Kühlmann erklärt, daß ihm Authentisches nicht bekannt sei.

Abg. Scheidemann fordert Auskunft. Die Politik werde in der Wilhelmstraße gemacht, nicht im Großen Hauptquartier.

Abg. Erzberger bestätigt die Angaben des Abg. Dr. Cohn, meint aber daß der Kaiser solchen Bemühungen entgegentreten werde.

Abg. Fischbeck hält diesen Fall für sehr bedenklich; dagegen muß protestiert werden.

Abg. Dr. Streiemann findet an dem Vorgang nichts Aussichtloses. Die Oberste Heeresleitung müsse das Recht haben, mit den Vertretern Litauens in Verbindung zu treten.

Die Debatte wird abgebrochen und auf Sonnabend oder Montag vertagt.

Die Soldatenlöhne.

Der Ausdruck wendet sich dann der Frage der Soldatenlöhne, des Urlaubs und der Rentenerhöhung zu. General v. Wenig teilt mit, daß beabsichtigt sei, die Löhne der Soldaten um 33½ Proz. der Unteroffiziere um 20 Proz. zu erhöhen, und zwar vom letzten Drittel des Monats Dezember ab.

General v. Wriesberg gibt die Gründe für die Urlaubsperiode bekannt.

Staatssekretär v. Streiemann berichtet über die Erhöhung der Rente. Er werde in der nächsten Zeit mit den in Betracht kommenden Verhandlungsträgern verhandeln, um dem im weitesten Maße anzuerkennenden Bedürfnis nach Erhöhung der Rente abzuholzen und jenseitlich in welcher Weise sich das Reich daran beteiligen kann. Einzelheiten müßten in den orangendsten Fällen im Wege der Kriegswirtschaftspflege geschaffen werden.

Abg. Stüggen: Es hat lange gedauert, bis man sich zur Erhöhung der Rente entschied. Wir finden die Erhöhung um 15 resp. 11 Proz. pro Tag nicht genug, sondern aber unbedingt erforderliche Kraft bis zum 1. November. Die Urlaubsperiode wurde bisher empfohlen. Man soll dafür Sorge tragen, daß mindestens zu Weihnachten vertheilte Rente in größerer Zahl in Umlauf führen. Die Landwirte fahren im Jahre zweimal bis dreimal die Offiziershäuser und nicht mehr unterwegs. Es sei einfach unterschert, daß bei manchem Truppenteile Leute sind, die seit 18, ja 24 Monaten keinen Urlaub gehabt haben. Der Kriegsminister hat erklärt, daß der Urlaub nicht als Strafe verweigert werden darf. Zugleich geht hier das in zahlreichen Fällen. Daß die Rente noch nicht erhöht wird, ist sehr bedauerlich. Mit Verstoßungen ist keinem Menschen geholfen. Die Rente genügt in keiner Weise mehr und die Zahl der Rentner, die absolut nichts verdienen können, ist sehr groß. Vielleicht nagen diese Leute direkt am Hungertuch. Mit der Verweisung auf die Kriegswirtschaftspflege ist nichts getan, die Gemeinden können einfach nicht mehr bezahlen. Die Kriegswirtschaft und die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern können mit ihren Rente nicht mehr auskommen. Die Erhöhung muß sofort erfolgen, nicht ein Jahr dem Kriege.

Abg. Kühle (U. S.) schlägt für diesen Ausführungen an und fordert die Erhöhung nicht mehr brauchbarer Renteinfassungen. In der weiteren Debatte bringen die Abg. Liebing und Göthe eine Reihe von Klagen vor. Insbesondere fordert Abg. Göthe die Erhöhung der Unterstützung in der Schweiz wohnender Familien von Kriegsteilnehmern. — Abg. Wamann teilt aus Gründen der Kohlennotparnis für das Verbot der Heizung von Theatern, Kinos und für die Einschränkung der Leidenschaften ein.

Abg. Kühle kritisiert die Zusammenfassung der Soldaten bei Transporten.

Abg. Eberz wendet sich gegen den Staatssekretär v. Stein. Diese Fassungen können keinen Menschen befriedigen. Es handelt sich um eine kluge Arbeit, die sich in der bitteren Notlage befindet. Der Reichstag hat eine Zulage von 23½ Proz. für die Rente über 50 Proz. verlangt. Diese Rente und mein vollständiger Katalog und befindet sich in der größten Verzweiflung. Was will eine Ausgabe von etwa 50 Millionen Mark bedeuten? Für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene muss sofort georgt werden. Die lange Dauer des Krieges macht es unmöglich, bis zur Beendigung des Krieges zu warten. Der Zustand darf nicht weiter andauern, da eine Kriegerfamilie in dem Moment höchster Gefahr wird, in welchem der Mann gefallen ist. Bei Kriegsleidungen versteckt man die Gelder, hier aber soll gezeigt werden.

Staatssekretär v. Stein: Er habe amerikanisch, daß die Frage der Regelung dringend bedarf. Er hoffe bestmöglich auf eine befriedigende Lösung, könne aber heute leider nichts sagen.

Abg. Göthe: Die Auskunft, die der Staatssekretär heute gegeben hat, haben wir schon vor vier Monaten gehört. Die Gemeinden können nicht helfen. Man muss unabdingt verlangen, daß die Rente über 50 Proz. so schnell als möglich erhöht werden.

Staatssekretär v. Stein bestätigt, daß er im Moment eine andere Erfahrung nicht abholen könne.

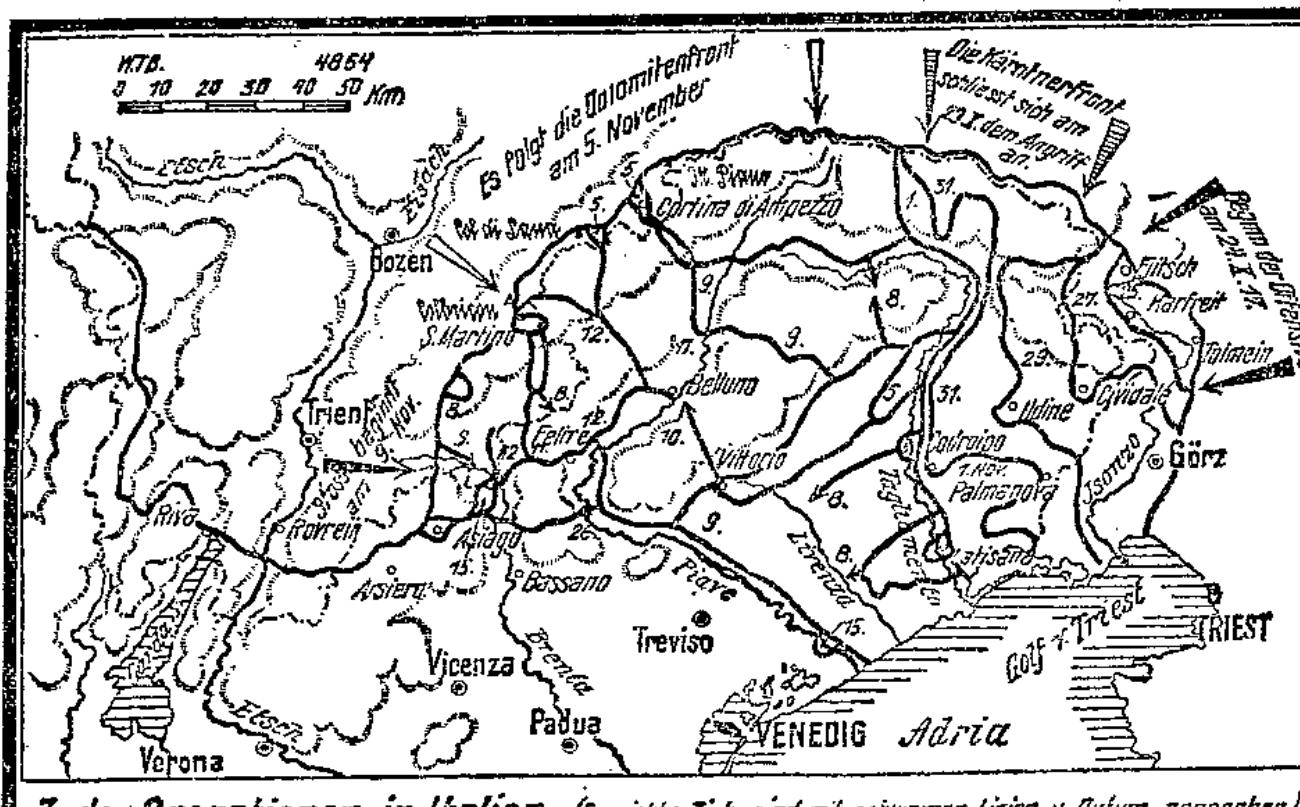
Der Ausdruck wandte sich dann nach der Beratung der Außenpolitik zu. Der Ausdruck vertrug dann keine Beratungen auf Sonnabend vorzeitig.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstagsauszug zu den Wahlrechtsvorlagen.

Nach einem Beitrag des Seniorenbundes des preußischen Abgeordnetenhaus beginnt die erste Sitzung der Wahlrechtsvorlagen am Mittwoch, 5. Dezember. Der Ministerpräsident Graf Herstatt will die Berichte einbringen und sich bei dieser Gelegenheit dem Hause vorstellen. Mit der ersten Sitzung soll eine Erörterung aller innerpolitischen Fragen verbunden werden. Da am 5. Dezember die Sitzung wegen des katholischen Feiertages ausfällt, werden für die Wahlrechtsvorlagen zumindestens bis in die übernächste Woche hineingesetzt. Ob die drei Vorlagen denn einer oder mehrere



Zuden Operationen in Italien (freie Zielle sind mit schwarzen Linien u. Datum angegeben)

ten Kommissionen überwiesen werden, wird das Haus entscheiden; im Seniorenbund ist eine Einigung über diese Frage nicht erzielt worden. Für die Überweisung an mehrere Kommissionen im Interesse eines schnelleren Zustandekommens der Reform sprechen sich nur die Vertreter der Volkspartei und der Sozialdemokratie aus, während alle übrigen Parteien, vor den Konservativen bis zu den „Unabhängigen“ die Überweisung an eine einzige Kommission für richtig hielten. Vorzeitig wird die Kommission erst nach Neujahr mit ihren Arbeiten beginnen.

Im übrigen einigte man sich dahin, daß Montag und Dienstag nächster Woche schulpflichtig bleiben und daß im Anschluß an die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage der Bericht der verstärkten Staatshaushaltsskommission über die Kohlenfrage entgegengenommen werden soll. Hierauf soll der Antrag Fuhrmann (snatl.) über politische Betätigung der Beamten beraten werden, dann die Anträge auf Leitungszulage für die Beamten, ferner in zweiter Lesung die Verwaltungsreform und endlich noch der Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes sowie der Gesetzentwurf zur Förderung der Städtebau. Die Weihnachtsferien sollen spätestens am 15. Dezember beginnen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Die Plenarsitzung wurde auch am Freitag wieder durch die Ernährungsfragen ausgefüllt. Im Mittelpunkt des Erörterungen stand die Rede unseres Bräun, der die Ernährungsfrage nach den verschiedenen Seiten streite, ganz besonders gegen den Schleichhandel und gegen den Lebensmittelwucher zu Felde zog, aber sich nicht mit der bloßen Feststellung dieser Erfcheinungen begnügte, sondern vor allem ihre Ursachen untersuchte. Großenindruck machte im Hause seine Schilderung der hohen Strafen, die über Kinder und Frauen wegen Beteiligung an Lebensmittel-Unruhen verhängt wurden. Mit Recht führte er aus, daß solche Ergebnisse zwar nicht zu billigen sind, aber doch verständlich seien. Leider gingen die wirklich Erduldigen straffrei aus. Den Schluss seiner Ausführungen bildete ein kräftiges Wort für einen baldigen Frieden auf der Grundlage der Resolution der Reichsregierung vom 19. Juli d. J. und eine scharfe Polemik gegen die Annexionisten und die Anhänger der Bäuerländerspartei, die durch ihre Agitation zur Verlängerung des Kriegs beitragen.

Ein Vertreter der Regierung versuchte einige Mitteilungen des Gen. Braun als irrtümlich hinzu stellen: es war aber Braun ein leichtes, nachzuweisen, daß der Regierungsvertreter selbst im Fettum sich befand. Nach weiterer unerheblicher Debatte, in welcher Abg. Revoldt (freikons.) noch gegen die Sozialdemokratie polemisierte, wurde die Beratung vertagt.

Geistliche Anerkennung der sozialistischen Friedenspartei.

Der katholische Pfarrer Dr. Heinrich Weert in Ründeroth schreibt in Heft 4 der „Sobrietät“ des Organs des Priester-Abstinentenbundes, über die sozialistischen Friedensbestrebungen:

Während nun in all der Zeit, auch als die Kriegs- und Friedenszielstreiter freigegeben waren, die Katholiken in der Öffentlichkeit sich ziemlich häufig verhielten gegen die päpstlichen Antrittungen, nahmen die Sozialdemokraten in Deutschland mit konsequenter Eifer die Propaganda für einen Verständigungskrieg, ich wage zu sagen, im Sinne des Papstes, in die Hand. Das taten die Abgeordneten sowohl, als die Zeitungen und Volksredner und es ist ihnen darin eine ziemliche Freiheit gewahrt worden. Man hat es so dargestellt, als ob die Sozialdemokraten diese Propaganda lediglich im Parteidestress unternommen hätten, um nämlich den Menschen zu zeigen, daß sie die wahren Volkssiegler seien, und daß darum alle zu ihnen kommen müßten: Ich glaube aber, daß es den sozialdemokratischen Volksvertretern wirklich ernst zu tun ist, um die Beendigung dieses Krieges und der damit verbundenen, für die armen Leute immer unerträglicher werdenden Leiden.“

Dr. Weert wendet sich dann mit großer Schärfe gegen diejenigen Kreise im katholischen Lager, die trotz der päpstlichen Wünsche noch immer für den Kriegskrieg eintraten.

Gewiß verlangt der Papst auch in seinem Friedensprogramm auch von uns Oster. Wenn wir aber um den Preis eines sozialen Versieges einen davordringenden und wahrscheinlichen Friedens und nicht nur einen Waffenstillstand erkaufen, dann sei der Kaufpreis nicht zu hoch gewesen.

Ernährungsfragen.

Eine Stadtoberbaudienstversammlung gegen die unzureichende Lebensmittelverteilung.

Die Regierung Stadtoberbaudienstversammlung beschäftigte sich in geheimer Sitzung mit der Stellungnahme zur zukünftigen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Man erachtete die jetzige Art der Zuweisung von Lebensmitteln für durchaus ungerecht und vertrat den Standpunkt, daß mit dem bisherigen System zu brechen ist. Es gehe nicht an, daß die Gemeinden, besonders die mit überwiegender Arbeiterbesiedlung, auf die Schlechtweg eingeschworen seien, wenn sie der zu verjüngenden Bevölkerung die erforderlichen Lebensmittel zuweisen sollen. Die Kriegsnotstandskommission hatte demgemäß bereits gefordert, daß der Regierung für die kommenden zwei Garantien für die Bergung der Bevölkerung mit den kommenden Lebensmitteln zu ver-

langen und im Falle einer Ablehnung zu erklären, daß die Gemeinden dann zu Maßnahmen schreiten müßten, die mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht immer in Einklang zu bringen sein würden. In der Sitzung erkannte der Magistrat an, daß die in Betracht kommenden Rechtsstellen die schwierige Lage einer Arbeiterstadt unbedingt berücksichtigen müßten. Man sollte deswegen noch eine erwartende Stellung einnehmen. Die Versammlung beschloß, die Schritte des Magistrats abzuwarten und die Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung am 6. Dezember zur Sprache zu bringen.

Sociales.

Wohnungselend im Kreise Waldenburg in Schlesien. Schon im Jahre 1912 lag dem preußischen Abgeordnetenhaus ein Bericht über die Wohnungsnot im Kreise Waldenburg vor, in dem es heißt: „Geradezu grauenhaft ist das Wohnungselend. Die Bergleute wohnen zum größten Teil in wirtschaftlichen Mietstättern, 15, 18 und 20 Familien wohnen nicht selten in einem Hause. Die Mehrzahl der Bergarbeiterwohnungen besteht nur aus einem einzigen Raum. Die Einzimmerwohnung ist geradezu typisch. Das Wohnungselend ruft fürchtbare Krankheitserscheinungen, namentlich die Lungentuberkulose, in breitem Umfang hervor. Der Gesundheitszustand der Städtchen ist befürchtend. Im Jahre 1907 waren nach fulminanten Untersuchungen in der Stadt Waldenburg 85,2 Prozent und 1912 sogar 86,1 Prozent erkrankt. Dabei hat Waldenburg im Verhältnis zu den Berggemeinden noch günstige Verhältnisse.“ Franzosen haben sich die Wohnungsverhältnisse nicht gebebt, sondern sogar verbessert. Nach den neuesten, während des Krieges gemachten Ermittlungen bestehen in der Stadt Waldenburg 72 Prozent aller Wohnungen nur aus einem einzigen Zimmer. Dieser Hundertstalg steigt in Dittersbach auf 78 Prozent, in Ottendorf auf 92,5 Prozent, in Gottesberg auf 97 Prozent und in Hemsdorf sogar auf 97,9 Prozent. Man sieht daraus, wie notwendig eine gründliche Erneuerung unseres Wohnungswesens ist.

Was Nah und Fern.

Ein Kammerlager. Beim Fuhrunternehmer Böderling in Dortmund fand die Polizei unter anderem elf Seiten Speck, einen großen Korb mit gerolltem Kindfleisch, einen Sac ungewaschenen Weinen, Butter und Butter. Im Koffer lagen über 30 Bettnäpfe Kattostoff, obwohl die Familie nur aus fünf Personen besteht. Während der Durchsuchung brachte eine Frau vom Lande einen Korb, in dem sich Eier und Butter befanden. Er kam gerade zur richtigen Zeit.

Grenzenlos. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Norden: Die Explosion einer Benzolzollkomotive in der Grube „Anna“ des Eichweiler Bergwerksvereins schlägt 59 Opfer erfordert zu haben. Bisher sind 27 Leichen geborgen. Bis her wurden 14 Bergarbeiter als Leichen geborgen. 45 werden vermisst.

59 Opfer der Eichweiler Explosion. Das Unfall in Folge der Explosion der Benzolzollkomotive auf einer Grube des Eichweiler Bergwerksvereins schlägt 59 Opfer erfordert zu haben. Bis her sind 27 Leichen geborgen worden. Ausgetretene Brandgase hinderten die inzwischen fortgesetzten Bergarbeiten.

Großer Goldraub zwischen Ungarn und der Tscheke. Der Budapester Polizei ist es gelungen, einem großzügig angelegten Goldraub auf die Spur zu kommen. Der Schmuggel wurde von Budapest aus ins Werk gesetzt. An dem Schmuggel scheinen mehrere Hochstehende Persönlichkeiten beteiligt zu sein. Unter andern werden genannt: der frühere Gouverneur des Karlsbad-Villages, der derzeitige Konstantinopler Generaldirektor Mehmed Ali Agha, einer der Presseleiter der österreichisch-ungarischen Postzeitung in Konstantinopel, Albert Barabas und der Chef der Konstantinopeler Schlagsmägde, alias Bojet Martin. Diese sollen in Budapest Kronengoldstücke zum nicht weniger als fünftausend Preise aufgekauft und sie dann durch einen Kurier, der den Balkanzug benutzt, nach Konstantinopel geleitet haben. Die Goldentnahmen waren als Schrot bezeichnet und an die österreichisch-ungarische Postzeitung in Konstantinopel adressiert. Durch einen Zwall wurden die unsauberen Gedanken aufgedeckt. Bei einer Paketrevision kam der wahre Inhalt der „Schrottendunnen“ ans Tageslicht. Die Schmuggler kauften in Konstantinopel zu sehr niedrigem Kurs österreichisch-ungarische Banknoten für Gold auf und schafften sie dann nach Budapest. Dem Bernetten noch soll Gold im Betrage von mehreren Millionen ausgeführt worden sein.

Explosion in Milwaukee. Aus Milwaukee wird gemeldet: Vor der protestantischen Kirche explodierte eine hölzerne Maschine, wodurch eine große Anzahl von Menschen, darunter acht Geheimwolfsritter, umkamen.

Heiteres.

Humor vom Tage. Im Schwäbischen bedeutet, wie auch anderswo, „sich eine Nase holen“ bekanntlich soviel wie „einen Rüffel bekommen“. Eines Tages begegnet der Schultheiß dem Polizeihauptmann, der sich durch eine ziemlich rote Nase auszeichnet. Um ihn zu stoppen, ruft der Schultheiß: „Zudem, worum hoch Du Dei Nas“ net abgabe bei der leichter Kupferfällung?“ Darauf kommt ihm schlagartig: „Ha, i fa mir halt net all acht Tag‘ auf’m Oberamt a neue hole, wie Sie, Herr Schultheiß!“

(Jugend.)

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck A. Friedr. Meyer & Co.
Gänlich in Löbel.